

Redaktion und Verwaltung: ... Sozialdemokrat, Prag II, ...

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post ... monatlich K 21.- ...

3. Jahrgang.

Sonntag, 19. August 1923.

Nr. 193.

Erinnert Euch!

Es ist wahrhaftig, um den Glauben an die Menschheit zu verlieren! Da ließen sich vier Jahre lang, von 1914 bis 1918, Millionen von Männern wie Hammel ins Feld hinausjagen...

Und doch, und doch, man sagt es nicht, aber der Wirklichkeit muß man glauben: ein Jahrfrucht kaum ist über diesen Aufruhr der Seelen dahingegangen, und was sie leiden, was entbehren, wie sehr sie verzweifeln mußten...

Die „Siegekrönten“ Nationen tanzen natürlich im Reigen voran, die Herren Generale, die ihnen Gloire, Revanche und Länderzuwachs brachten, sind ihnen Halbgötter, alle Kultureinrichtungen müssen bei ihnen verkümmern, damit das Militärbudget sich mäste...

Was aber soll man zu den Deutschen und gar zu den Deutschen unserer Landes sagen, wenn auch sie der Kriegserinnerung Vorbeerkranze widmen? Nun, die Leute, die unter ihnen mit dem Spieltrieb, diesem löst-

Den Bergarbeitern und der gesamten Öffentlichkeit!

Die Reichskonferenz vom 16. d. M. hat den Gesamtstreik aller Bergarbeiter am 20. August 1923 proklamiert. Die Anwendung dieses letzten Kampfmittels der organisierten Bergarbeiter geschah nicht leichtfertig und nicht ohne daß seitens der koalitierten Bergarbeiterverbände alle Verhandlungsmöglichkeiten versucht wären...

ihre Lebenshaltung auf das Niveau des zweiten und dritten Kriegsjahres,

also weit unter das Vorkriegsmaß herabdrückt.

Seit dem Vorjahre wurden die Löhne der Bergarbeiter ganz erheblich und je nach den einzelnen Revieren von 37 bis 45 Prozent herabgesetzt. Der Lohnkostenanteil ist durch diese Lohnherabsetzungen im Reichsdurchschnitt um 52 Prozent gesunken und deshalb soviel gesunken, weil neben den großen Lohnherabsetzungen die Bergarbeiter die Leistung bedeutend gesteigert haben...

Die Lohnreduktionen und Leistungssteigerungen

sind jedoch ohne nennenswerte Auswirkung geblieben, sie brachten keine Verbilligung der Bedarfsartikel und sie brachten auch keine bessere Beschäftigungsmöglichkeit. Trotz alledem haben die Bergwerksunternehmer die bisher gültigen Lohnverträge in den meisten Revieren gekündigt und verlangen von den Bergarbeitern eine weitere Herabsetzung der Löhne bis zu 30 Prozent, obwohl die Preise der Bedarfsartikel nicht gesunken sind...

Die Regierung hat sich während der in der letzten Woche stattgefundenen Verhandlungen zwischen den Bergarbeitern und Unternehmervertretern vollständig passiv verhalten, hat sich in dem entscheidenden Zeitpunkt der Verhandlungen neutral erklärt, woraus nur geschlossen werden kann, daß sie gleich den Unternehmern an der Bedingung festhält, daß die Kohlensteuer ohne sofortigen Abbau der Bergarbeiterlöhne nicht her-

abgesetzt wird. Die Regierung hat auch die schriftliche Anfrage der koalitierten Bergarbeiterverbände, wie sie den Abbau der Kohlensteuer in allen anderen Revieren beabsichtige, welche konkreten Maßnahmen sie zur Herabsetzung der Tarife zu unternehmen gedenke, völlig unbeantwortet gelassen. Unter diesen Umständen waren die Verhandlungen der letzten Woche von vornherein zur Aussichtslosigkeit verurteilt, alle Vermittlungen und Vermittlungsvorschläge der koalitierten Bergarbeiterverbände ergebnislos. Die Bergarbeiterverbände werden die Gelegenheit wahrnehmen, der Öffentlichkeit ziffernmäßig nachzuweisen, welcher Anteil den Bergarbeiterlöhnen an den Gesteinskosten der Kohle zukommt, welchen Einfluß sie auf den Verkaufspreis der Kohle haben, in welchem Verhältnis die Lohnkosten zu den Erzeugungs- und Verkaufspreisen der Kohle in der Vorkriegszeit und jetzt stehen...

Die Lebenshaltung der Bergarbeiter hat sich durch die erwähnten Lohnreduzierungen und durch Kurzarbeit systematisch und derart verschlechtert, daß sie schon unter den Friedensstandards gesunken ist oder bestenfalls bei ihm hält. Unter diesen Umständen konnten die Bergarbeiter die gemeinsame Forderung der Bergwerksbesitzer und der Regierung, die Löhne, ohne Rücksicht darauf, ob eine Verbilligung der Bedarfsartikel oder eine bessere Beschäftigungsmöglichkeit eintritt oder nicht, herabzusetzen, unmöglich erfüllen, und sie haben die ihren Standpunkt und ihren Willen durch die Beschlüsse aller Revierkonferenzen vom 12. August klar zum Ausdruck gebracht.

Die koalitierten Bergarbeiterverbände und die Bergarbeiter erkennen die große

Notwendigkeit der Herabsetzung der Kohlenpreise

für das gesamte Wirtschaftsleben des Staates an. Sie haben schon seit Jahr und Tag ihren Anteil dazu beigetragen, sie haben schon vorher die Möglichkeit durch die oben erwähnten Lohnherabsetzungen und das dadurch einwirkende Sinken des Lohnkostenanteils um mehr als die Hälfte geschaffen, sie haben außerdem während der Verhandlungen grundsätzlich und verbindlich sich im Namen der Bergarbeiter bereit erklärt, diese Verbilligung durch Herabsetzung der Löhne auch noch weiter zu unterstützen, wenn eine Herabsetzung der Lebenshaltungskosten und eine bessere Beschäftigungsmöglichkeit vorhanden oder in näherer Aussicht steht. Sie haben daher beantragt, die Kohlenpreise vorläufig um den zuzustehenden Anteil der Bergwerksbesitzer und um die zuzustehende Herabsetzung der Kohlensteuer herabzusetzen (was beispielsweise bei den Ostrober Steinkohlepreisen eine Freiherabsetzung von etwa vier Kronen per Meterzentner betragen hätte). Sie haben für den Fall, daß beide oder eine der obigen Voraussetzungen nicht erfüllt, zuzustehen, daß die Löhne der Bergarbeiter verhältnismäßig herabgesetzt werden. Die Bergwerksbesitzer haben diesen Vorschlag abgelehnt und

die Regierung hat sich während der in der letzten Woche stattgefundenen Verhandlungen zwischen den Bergarbeitern und Unternehmervertretern vollständig passiv verhalten,

hat sich in dem entscheidenden Zeitpunkt der Verhandlungen neutral erklärt, woraus nur geschlossen werden kann, daß sie gleich den Unternehmern an der Bedingung festhält, daß die Kohlensteuer ohne sofortigen Abbau der Bergarbeiterlöhne nicht her-

sich die Sonne gar so schön in den goldenen Knöpfen spiegelt und die Gattinnen stolz zuschauen. In Komotau halten die alten „Zweiundunziger“ ihren Regimentstag mit allem dazu gehörigen Klöppel ab, die „Genisten“ von Bilin laden ihre „Kameraden“ für den 2. September zur frohen Rückschau, Falkenau und Leitmeritz wollen nicht zurückbleiben und veranstalten, indes Bier in Strömen fließt und die Musik ohrenzerreißende Weisen spielt, Kamradtschaftstage in ihren Mauern. Die Suche der Kriegerdenkmale geht in allen Teilen Deutschböhmens um und es soll sogar vorkommen, daß Klassenbewußte Arbeiter in den Gemeinden nicht mit aller gebotenen Energie von den löblichen Komitees abrücken, weil sie die Pietät gegen die Kriegesopfer nicht verlegen zu dürfen meinen. Als ob diese Pietät nicht verlangte, daß man jede Erinnerung an ihren Mörder, den Krieg, mit Stumpf und Eisen ausrotte, statt ihm ein Erinnerungszeichen zu setzen! Und wo immer ein Kriegerdenkmal enthüllt wird, schwingen die Pfaffen, diese Lobredner des Friedens mit dem blutigen Schwert und der Scheiterhaufenfackel in der Hand, ihre Weihrauchfässer, spricht irgend ein deutschnationaler Redner von der Ehre des deutschen Volkes, die doch der Weltkrieg in Grund und Boden gestampft hat. In Hóritz beispielsweise teilten sich die Namensbrüder feierlich in das Geschäft des Messelesens und Aufputzens und die Staffage bei der erhebenden Feier bildeten die Komunisten, die zur Begrüßung der deutschböhmisches Schlageterleins nach Nabels hohem Muster die roten Fahnen schwenkten. Der Gedanke einer neuen Menschenschlächterei mar-

abgesetzt wird. Die Regierung hat auch die schriftliche Anfrage der koalitierten Bergarbeiterverbände, wie sie den Abbau der Kohlensteuer in allen anderen Revieren beabsichtige, welche konkreten Maßnahmen sie zur Herabsetzung der Tarife zu unternehmen gedenke, völlig unbeantwortet gelassen.

Unter diesen Umständen waren die Verhandlungen der letzten Woche von vornherein zur Aussichtslosigkeit verurteilt, alle Vermittlungen und Vermittlungsvorschläge der koalitierten Bergarbeiterverbände ergebnislos.

Die Bergarbeiterverbände werden die Gelegenheit wahrnehmen, der Öffentlichkeit ziffernmäßig nachzuweisen, welcher Anteil den Bergarbeiterlöhnen an den Gesteinskosten der Kohle zukommt, welchen Einfluß sie auf den Verkaufspreis der Kohle haben, in welchem Verhältnis die Lohnkosten zu den Erzeugungs- und Verkaufspreisen der Kohle in der Vorkriegszeit und jetzt stehen. Heute sei schon darauf verwiesen, daß beispielsweise die Lohnkosten bei der Ostrober Steinkohle 4.94 Kc und bei der nordwestböhmisches Braunkohle 2.37 Kc per Meterzentner, daher weniger als ein Drittel der Erzeugungskosten und durchschnittlich ca. 10 Prozent der Verkaufspreise in den großen Städten betragen.

Der Antrag der koalitierten Bergarbeiterverbände, ohne augenblickliche Lohnherabsetzung eine durchgreifende Herabsetzung der Kohlenpreise durchzuführen, war möglich, dies beweisen die im Laufe der Verhandlungen von der Regierung und von den Unternehmern gemachten Zugeständnisse zwecks Herabsetzung der Kohlenpreise, die ohne stichhaltigen Grund an die Bedingung des sofortigen Lohnabbaues geknüpft wurden.

Nach dieser Sachlage konnte die zweite Reichskonferenz der Bergarbeiter nicht anders, als zum letzten Wehrmittel zu greifen und den

Gesamtstreik der Bergarbeiter für den 20. August 1923 zu proklamieren.

Aus dem Angeführten geht klar hervor, daß die Behauptung der Bergwerksunternehmer, die Bergarbeiter hätten die Kohlenpreiserhöhung unmöglich gemacht und sich um die Verantwortung für den durch den Streik verursachten Schaden belagert, durch nichts begründet ist, daß im Gegenteil bei einer unparteiischen Beurteilung die Behauptung der Bergwerksunternehmer nur als ein wohlvorbereitetes und raffiniertes Manöver zwecks Zerstörung der Öffentlichkeit bezeichnet werden muß.

schiert, fünf Jahre, nachdem die letzte in Schimpf und Schande zusammenbrach, legt man der blutigen Idee selber ein Ehrenmal aus Erz und Stein! Wer schämt sich da nicht, auch zu dieser erbärmlichen Gattung Mensch zu gehören?

Kriegerdenkmal! O ja, unvorstellbar ist es uns nicht. Aber nicht den „Heldentod“ armer Teufel darf es verherrlichen, die der Verbrecherville irgend eines Kaisers, der im Rücken drohende Revolver des Herrn Leutnants vor die feindliche Flintenkugel jagte, sondern die Bestie Krieg müßte es zeigen, so wild und reichend und weltgerstärkend, wie sie wirklich ist. Ein Ungeheuer mit weit aufgerissenem Rachen, das alles, alles verzehrt, so hat ein Kriegerdenkmal auszusehen, wenn es schon dem Andenken der Gefallenen gesetzt werden soll, und wenn das Geld nicht weit besser für die unzähligen lebenden „Kriegsmaler“ des Krieges, die Invaliden, die Kriegsblinden und Kriegswaisen angewendet wäre! In Deutsch-Bagaram ist, den Hingemordeten zu Ehren, eben jetzt von Genossen schon ein Schreckbild des Krieges gesetzt worden, das Deutsch-Bagaramer Beispiel hat Kriegerdenkmäler zum Muster zu dienen, wenn die nach äußeren Zeichen gierige „Pietät“ schon einen Denkstein verlangt. Vor allem aber haben wir uns im Herzen ein Gedächtnis mal an den Krieg zu setzen, an die Vergewaltigung unserer Freiheit, an seine Greuel und seine Qualen, sie müssen, wenn Veteranenfädel und Federhut prunten, Militärmusiken werden und Kriegerdenkmale aus der Erde tauchen, vor unserm inneren Auge stehen und mahnen: „Nie wieder Krieg! Erinnert Euch! Erinnert Euch!“

Die Bergarbeiter werden sich durch solche haltlose Behauptungen in ihrem gerechten Abwehrkampf nicht beeinflussen lassen, sie werden den Kampf als disziplinierte und erfahrene Kämpfer führen. Sie führen ihn im Vertrauen auf ihre gerechte Sache zunächst für sich, um zu verhindern, daß ihre Lebenshaltung auf das Ausmaß der Kriegsjahre zurückgedrängt wird. Sie führen ihn aber letzten Endes auch für die Allgemeinheit, um zu verhindern, daß die Preisbildung eines so wichtigen Rohproduktes wie die Kohle ausschließlich gemäß den Profitinteressen einer kleinen, aber mächtigen Unternehmerrunde und den völlig verkehrten, die Volkswirtschaft schädigenden Maßnahmen der Finanzpolitik des Staates bestimmt wird.

Die Bergarbeiter werden aufgefordert, in dem Kampfe in gewohnter Weise strengste Disziplin zu halten, alle eventuellen Provokationen ruhig und besonnen abzuweisen und sich strikte nach den Beschlüssen und Weisungen der Streikleitung zu verhalten.

Prag, am 17. August 1923.

Die koalitierten Bergarbeiterverbände in der tschechoslow. Republik.

Achtung, Bergarbeiter!

Ueber Aufforderung der Bergwerksbesitzer treten gestern nachmittags in Brüx die Vertreter der Bergwerksbesitzer und Bergarbeiter zusammen, um festzustellen, unter welchen Bedingungen es möglich wäre, den Lohnstreik im Braunkohlenrevier beizulegen. Die Unternehmer verlangten zunächst, daß die Proklamierung des Streiks für den 20. August widerrufen werde. Das wurde von den Vertretern der Arbeiter abgelehnt. Die Beratungen wurden daraufhin ergebnislos beendet.

Da es nicht ausgeschlossen ist, daß einige Zeitungen Nachrichten darüber bringen, daß verhandelt werde und daß es sich auch um die Verschlebung des Streiks handle, werden die Bergarbeiter darauf aufmerksam gemacht, daß der Beschluß über die Einstellung der Arbeit am 20. August in Wirksamkeit verbleibt und daß die Bergarbeiter aller Reviere verpflichtet sind, sie durchzuführen.

Die koalitierten Bergarbeiterverbände.

Sehe gegen die Bergarbeiter.

Bevor noch der Gesamtstreik der Bergarbeiter eingesetzt hat, beginnt die bürgerliche Presse eine unverantwortliche und gewissenlose Sehe gegen die Bergarbeiter. An der Spitze steht diesmal das Blatt der tschechischen Agrarier, „Venkov“, also das Blatt des Ministerpräsidenten, welches aus dem Existenzkampf der Bergarbeiter eine deutsche und kommunistische Sehe macht. Das Ziel des Kampfes sei, eine Beunruhigung in das wirtschaftliche Leben der Republik zu bringen und es wird an den Patriotismus der tschechischen Bergarbeiter appelliert, diese mögen die Sehe nicht mitmachen. (Wahrscheinlich glaubt der „Venkov“, daß die tschechischen Bergarbeiter vom Patriotismus leben können und ihnen daher an einer Lohnherabsetzung nichts liegen muß.) Schließlich verweist sich der „Venkov“ zu Drohungen, indem er schreibt, daß sich der Staat von 150.000 Menschen, also einem Prozent der Bevölkerung, nicht werde terrorisieren lassen und daß die Regierung alles tun werde, um die Interessen der Republik zu wahren. Die Behörden werden schon trachten, daß die jetzt vorhandenen Kohlenvorräte abtransportiert werden, und wenn es notwendig sein wird, wird sogar ausländische Kohle eingeführt werden!

Die Österr. Unternehmer rechtfertigen ihr Vorgehen in einer Mitteilung, die sie in den bürgerlichen Blättern verbreiten. Die Lohnherabsetzung soll keine Erwerbsverminderung bedeuten, denn nach der Verbilligung der Kohle wäre es möglich, fünf bis sechs Tage zu arbeiten. Dazu kommt, daß die Bergarbeiter mehr verdienen als die Arbeiter der anderen Kategorien. Dieser Versuch, der da gemacht wird, einen Keil zwischen die Bergarbeiter und die anderen Arbeiter zu treiben, wird den Österr. Unternehmern, auch wenn sie dies noch öfters versuchen werden, nicht gelingen. Der gegenwärtige Verdienst eines Häuers im Österr. Revier beträgt etwa 50 Kronen und da im Revier durchschnittlich vier Tage in der Woche gearbeitet werden, beläuft sich das Einkommen eines Bergarbeiters auf etwa 200 Kronen in der Woche. Davon soll nun der Bergarbeiter noch etwas ablassen! Würde der 18prozentige Lohnabbau durchgeführt werden, dann würde sich das Wocheninkommen eines Bergarbeiters auf 164 Kronen stellen. Wenn auch die Bergwerksbesitzer sagen, daß bei einer Lohnherabsetzung mehr Schichten werden verschoben werden und dadurch das Einkommen des Bergarbeiters höher wird, so ist das zunächst eine Annahme, die durch nichts bewiesen ist und von Versprechungen der Regierung und der Bergwerksbesitzer können die Bergarbeiter ebensowenig leben, wie von ihrer Liebe zum Vaterland. Wenn aber Unternehmer und Regierung der Ansicht sind, daß bei Verbilligung der Kohle eine bessere Beschäftigungsmöglichkeit für die Arbeiter sich ergeben wird, dann könnten sie durch Herabsetzung der Kohlensteuer und Nachlassen vom Unternehmerprofit eine Verbilligung der Österr. Kohle um fast vier Kronen per Meterzentner herbeiführen. Wenn sich auf Grund dessen die Beschäftigung im Kohlenbergbau heben und die Preise aller Lebensbedarfsartikel sinken würden, dann wären auch die Bergarbeiter bereit, einem Lohnabbau zuzustimmen.

Die Minoritätenpolitik der Tschechoslowakei vor dem internationalen Forum.

Rede des Genossen Dr. Heller auf dem Kongress der interparlamentarischen Union.

Wir kommen aus einem Lande, das an der Frage der Regelung der Rechte der nationalen Minderheiten deshalb in hohem Maße interessiert ist, weil es kaum ein zweites Land gibt, in welchem im Verhältnis zur Gesamtzahl der Bewohner so viele und so zahlreiche Minderheiten vorhanden sind wie in der Tschechoslowakei.

Nach der letzten Volkszählung vom 15. Februar 1921 gibt es bei uns unter 13,6 Millionen Einwohnern 8,7 Millionen Tschechen und Slowaken, 3,1 Millionen Deutsche, 750.000 Magyaren, nahezu eine halbe Million Russen, 180.000 Juden und 75.000 Polen, somit in Prozenten ausgedrückt rund 64 Prozent Tschechen und Slowaken, 23 Prozent Deutsche, 5,5 Magyaren, nahezu 4 Prozent Russen usw., insgesamt mehr als 35 Prozent Angehörige der nationalen Minderheiten. Siebel ist ein Doppelpes zu beobachten:

1. Daß die Volkszählung in vielen Gegenden unter dem Druck der Behörden stattfand, der im Interesse der nationalen Mehrheit ausgeübt wurde, um deren Angehörige zu vermehren, jene der Minderheiten zu verringern. Dies führte so weit, daß sogar das Oberste Verwaltungsgericht in einer prinzipiellen Entscheidung das Vorgehen der Behörden als gesetzwidrig bezeichnete.

2. Daß die nationalen Minderheiten bis auf die Juden nicht zerstreut unter Tschechen und Slowaken, sondern in geschlossenen Sprachgebieten leben, innerhalb deren die Angehörigen der Mehrheitsnation zum Teile größere, zum Teile aber verschwindende Minderheiten bilden.

Wir begrüßen daher den Absatz 2 der Resolution, welcher jedem Staatsangehörigen das Recht einräumt, vor den zuständigen Behörden eine rechtswirksame Erklärung über seine Zugehörigkeit zur Mehrheit oder einer Minderheit abzugeben, und welche verlangt, daß diese Erklärung frei, ohne Zwang und ohne nachteilige Folgen für den Deklaranten abgegeben werde. Wenn wir dabei unserem Zweifel darüber Ausdruck geben, ob sich unser nationale Mehrheit und deren Repräsentanten an die Resolution halten werden, so sprechen wir aus einer nahezu fünfjährigen bitteren Erfahrung.

Wir verkennen durchaus nicht, daß die Tatsachen des wirtschaftlichen Lebens oft und oft eine nationale Assimilierung herbeiführen, daß Angehörige einer Nation, welche in dem Siedlungsgebiet einer anderen leben, entweder schon in der ersten oder in der zweiten Generation von ihrer andersnationalen Umgebung aufgesaugt werden. Gerade bei uns fanden solche Assimilierungen sehr häufig statt. Wir halten es auch für ganz verfehlt, in der gewaltsamen Aufrechterhaltung solcher nationaler Minderheiten ein Interesse der Nation zu erblicken. Änderungen in der Nationalzugehörigkeit, welche im natürlichen Wirtschaftsleben frei von jedem Zwange erfolgen, können gewiß nicht zum Gegenstande von Rekriminalionen gemacht werden.

Wir erleben aber in den fünf Jahren des Bestandes unseres Staates ein ganz anderes:

Die systematische, oft zwangsweise Entnationalisierung der nationalen Minderheiten zugunsten der Mehrheitsnation!

Auf allen Gebieten des wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Lebens geht dieser Prozeß vor sich. Er wird nicht nur gefördert, sondern direkt geführt von den verantwortlichen Organen des Staates, von der tschechischen Parlamentsmehrheit und von der Bürokratie. Die Wirtschaftspolitik unseres Staates ist vom Anfang an auf die Einengung, ja, auf den Ruin der im nicht-tschechischen Teile des Staates gelegenen Industrie gerichtet. Dieser Teil der Industrie ist zu 70 bis 80 Prozent auf den Export angewiesen. Durch Absperrungsmassnahmen, durch ein jeder Korruption und bürokratischen Willkür für und Tor offenes Bewilligungsvorgehen für Ein- und Ausfuhr, durch die Valutapolitik des Staates wurde der Export eingengt, die Industrie in ungeheuren Maßstabe zu Kurzarbeit und völligem Stillstande verurteilt.

Der Staat versteht es aber auch, in seinem direkten Wirkungsbereich denjenigen Teil der Industrie zu schädigen, der in nicht-tschechischen, insbesondere in deutschen Siedlungsgebieten gelegen ist. Staatsaufträge erhält diese Industrie in ganz geringfügigem Ausmaße, Aufträge werden durch Vermittlung der Gesandtschaften, Konsulate und der inländischen Behörden ins tschechische Gebiet geleitet.

Und so ergibt sich insbesondere im deutschen Industriegebiet eine geradezu katastrophale, nun schon mehr als ein Jahr dauernde Arbeitslosigkeit. Aber auch dort, wo der Staat als Unternehmer auftritt, bei den Eisenbahnen, der Post, den staatlichen Bergwerken, in seinem ganzen gewaltigen Behördenapparat, schaltet er systematisch die Angehörigen der nationalen Minderheiten aus und verdrängt sie von ihrem Arbeitsplatz.

Durch administrative Maßregeln und insbesondere durch die Förderung der Kenntnis der Sprache der nationalen Mehrheit in einem Ausmaße, das weit über das Notwendige hinausgeht, ist es in fünf Jahren gelungen, deutsche, magyarenische und polnische Beamte und Arbei-

ter zu beseitigen. Diese in ihrer Wirkung für die Angehörigen der nationalen Minderheiten ungenügend schützenden Maßnahmen erstrecken sich von den Beamten der höchsten Rangsklassen bis zum letzten Zeitungverkäufer auf den Bahnhöfen. Bei der Besetzung dieser Stellen wird nicht nach der sachlichen und persönlichen Eignung für den betreffenden Dienstposten, sondern nach der Befähigung vorgegangen, die nationale Hebe in das Siedlungsgebiet der nationalen Minderheiten zu tragen. Und so entstehen — und das beklagen wir auf das tiefste — neue Herde zur Aufwindung und Stabilisierung des nationalen Kampfes.

Hand in Hand mit dieser wirtschaftlichen Bedrückung geht die kulturelle. Die durch den Krieg herbeigeführte geringere Schüleranzahl wurde benützt, um mehr als 2000 deutsche Schulklassen und nahezu 100 deutsche Schulen zu sperren. Naturgemäß hat dies zur Folge, daß in den verbleibenden Schulklassen die Zahl der Schüler eine allzu große ist, 60, 70 und 80 Schüler in einer Klasse sind keine Seltenheit und dadurch wird der Lehrersfolg sehr verschlechtert. Das Hochschulwesen der nationalen Minderheiten wird dem der nationalen Mehrheit gegenüber vernachlässigt.

Wie auf sozialem und kulturellem, so wird auf politischem Gebiete einseitig gegen die nationalen Minderheiten, allerdings auch gegen alle Oppositionsparteien regiert und verwaltet. Die Resolution verlangt im Abs. 4 die Gleichheit des Wahlrechtes und im Abs. 8 die Durchführung dieses Grundsatzes. Wir haben ein nahezu gleiches Wahlrecht in der Tschechoslowakei. Die Regierung scheut sich aber nicht, dieses Wahlrecht auf eine Weise zu forrignieren, die an die berüchtigten Wahlen der alten österreichisch-ungarischen Monarchie erinnert. Vor kurzem wurde ein Erlass der Regierungsorgane in Karpatenland im Parlament aufgedeckt, in welchem direkt zur Wahlführung, zur Bestechung von Wählern aufgefördert wird und die hierzu erforderlichen Mittel aus Regierungsgeldern angeboten werden. Der Bestand des Erlasses konnte seitens der Regierung nicht bestritten werden. Den nationalen Minderheiten, in diesem Falle den Magyaren, soll das Wahlrecht durch verwerfliche Mittel geraubt werden. So sieht es mit der Erfüllung der Forderungen des Absatzes 4 der Resolution in der Tschechoslowakei aus, wobei nicht verschwiegen werden darf, daß der unserer Ansicht nach an sich gesunden Bodenreformgesetz gleichfalls zur Bedrückung der nationalen Minderheiten und zur zwangsweisen, widerrechtlichen Förderung der nationalen Mehrheit benützt werden.

Wir bezweifeln, daß der in der Resolution vorgeschlagene Weg, selbst wenn er eingehalten würde, die Frage bereinigen könnte.

Die Friedensverträge haben zahlreiche nationale Minderheiten fremden Nationen unterworfen. Wir erklären ausdrücklich, daß wir jede gewaltsame Aenderung dieses Zustandes verwerfen, daß wir — die Vertreter der deutschen Arbeiter in der Tschechoslowakei — jede Spielerei mit dem Hochverrat ablehnen, daß wir bereit sind, getreu unseren Grundsätzen auch im Rahmen unseres Staates für jene Ideen, die wir vertreten, zu arbeiten und zu kämpfen. Schon aus diesem Grunde muß es unser schuldigster Wunsch sein, in unserem Staate die Reibungsflächen der Nationen unter einander auf das geringste Maß einzudämmen. Sowie wir im Oesterreich vor dem Kriege gegen die Herrschaft eines Teiles des deutschen Volks über die anderen Völker aufgetreten sind, genau so müssen wir in der Tschechoslowakei die Beherrschung der Minderheitsnationen durch die Mehrheitsnation bekämpfen. Wir glauben nun nicht, daß die individuelle nationale Freiheit des einzelnen Angehörigen einer nationalen Minderheit zu dem erstehnten Ziele führen kann, schon deshalb nicht, weil der Einzelne Uebergriffen der Organe der nationalen Mehrheit gegenüber wehrlos ist. Wenn wir ernstlich daran gehen wollen, den nationalen Frieden herbeizuführen, so kann dies nur, wie bereits erwähnt, durch die Beseitigung oder mindestens durch die Verringerung der Reibungsflächen geschehen. Der Weg hierzu ist unserer Ansicht nach die nationale Selbstverwaltung, deren Ausmaß nur seine Grenze finden darf in dem Interesse des Bestandes der Republik. Wir verlangen die Konstituierung der Nationen als Selbstverwaltungskörper, denen die staatliche Hoheit in allen kulturellen Angelegenheiten, in jenen der sozialen Fürsorge und in allen jenen Zweigen der staatlichen Verwaltung zu übertragen ist, welche nicht unumgänglich dem Gesamtstaate vorbehalten sein müssen.

Nicht die Herrschaft der an Zahl stärkeren Nation über die an Zahl schwächere, kann den Frieden herbeiführen, sondern nur die freie, auf Verständigung beruhende Zusammenarbeit aller Nationen!

Auf diesem Wege kann das demokratische, durch zahllose, feierliche Versprechungen zu einem unüberwundenen Rechte der Völker gewordene Selbstbestimmungsrecht der Völker in Einklang gebracht werden mit der Tatsache, daß ein Land von mehreren Völkern bewohnt wird. Jeder andere Weg führt zu Beherrschung der Minderheitsnationen, zu imperialistischen Zielen, birgt den Keim zu Konflikten in sich und muß schließlich in neuen blutigen Kämpfen enden!

Wir begrüßen die beantragten paritätischen Kommissionen und hoffen, daß sie insstande sein werden, auch in der Tschechoslowakei den nationalen Frieden herbeizuführen.

Wir sind zur Mitarbeit bereit! Allerdings haben wir Ursache, auch hier unseren Zweifel über die Durchführung Ausdruck zu geben. Ein

von allen Oppositionsparteien gestellter Antrag auf Schaffung einer — nicht einmal paritätischen — Ausgleichskommission wurde von den Mehrheitsparteien nicht einmal zur Beratung zugelassen.

Wenn wir auch gegen die vorgeschlagenen Resolutionen zum Teile Bedenken haben, und insbesondere mit Bedauern in ihnen den Weg zum nationalen Frieden — die Bewahrung der nationalen Autonomie — vermessen, erkennen wir doch an, daß sie in vielfacher Hinsicht einen Fortschritt bedeuten und den guten Willen zeigen, ein erträgliches Verhältnis zwischen den Nationen herbeizuführen, und daher werden wir für die Resolutionen stimmen.

Inland.

Die Prager Polizeidirektion gegen Wahlplakate.

Die Prager Polizeidirektion erläßt eine Rundmachung, in der darauf hingewiesen wird, daß bei den letzten Wahlen das Aussehen der Stadt Prag durch verschiedene Aufschriften auf verschiedenen Objekten (Häusern, Brücken, Gehsteigen), mittels denen einzelne Parteien für ihre Kandidatenlisten agitierten, verunstaltet wurde. Den Besitzern dieser Objekte wurde ein großer Schaden dadurch verursacht, daß sie die Aufschriften beseitigen mußten. Viele dieser Aufschriften sind noch heute erkennbar. Die Polizeidirektion beruft sich nun auf ein Gesetz aus dem Jahre 1862, nach welchem das Plakätieren an Stellen, die von den Behörden nicht besonders hiezu aussersehen sind, verboten ist. Die Polizeidirektion macht nun darauf aufmerksam, daß die Sicherheitswache besonders bei den künftigen Wahlen strenge darauf sehen wird, daß das Aussehen der Stadt nicht verunstaltet wird. Gegen eventuelle Schuldige wird die Strafanzeige erstattet werden.

Die deutschen Schulbehörden sollen untereinander tschechisch verkehren. Der Sprachenlehrer unter den deutschen Schulbehörden erscheint durch das Gesetz vom 24. Februar 1873 für Böhmen, durch das Gesetz vom 27. November 1905 für Mähren und durch das Gesetz vom 28. Februar 1870 für Schlesien geregelt. Weber durch den § 9 des Sprachgesetzes, noch durch das neue Schulgesetz vom 9. April 1920 ist hierin eine Veränderung eingetreten. Die neuen Sprachenbestimmungen des § 5 widersprechen den alten, einzeln erlassenen Schulaufsichtsgesetzen nicht. Diese im Sprachengesetz wurzelnde Sonderstellung der Schulbehörden wurde auch bis zum 1. Jänner 1923 widerprückslos anerkannt, trotzdem dieses Gesetz bereits drei Jahre in Wirksamkeit stand. Nunmehr wurde aber plötzlich via facti die tschechische Amtierung der deutschen Schulbehörden aufgezungen, ohne daß eine rechtmäßige Durchführungsbefugnis für den § 5 des Sprachgesetzes erlassen wäre. Dieser Paragraph sichert den Minderheiten den Unterrichts- und die Verwaltung ihrer Minderheitsinstitutionen in ihrer Sprache zu. Diese Verwaltung kann sich natürlich nicht etwa in der verwaltenden Tätigkeit im Schulgebäude allein erschöpfen, sondern erstreckt sich selbstverständlich auch auf die Verwaltungstätigkeit aller für das Schulwesen überhaupt kompetenter Schulbehörden. Die Mitglieder des Bezirkschulratsausschusses in Graslitz haben nun eine Beschwerde an das Prager Landeschulratspräsidium geleitet, in der sie die Rechtmäßigkeit der Verfügung, die den Sprachenverkehr ändern will, bestritten, weil weder ein ministerielles Organ, noch der Präsident des Landeschulrates zu einer Verfügung derartigen Umfangs berechtigt ist. Eine solche Verfügung stellt im wesentlichen eine Durchführungsvorbereitung zum Sprachengesetz dar, welche natürlich nur vom Ministerium erlassen werden kann. Die Einföhrung des tschechischen Sprachenverkehrs unter den deutschen Schulbehörden stellt übrigens auch einen gewaltsamen Einriff in ein durch den Friedensvertrag und die Verfassung gewährleistetes Recht der deutschen Minderheit dar und es muß daher gegen diese Gesetzesverletzung der schärfste Protest erhoben werden.

Hinter verschlossenen Türen. Die deutschen Nationalsozialisten schlugen im Duxer „Tag“ wieder einmal die große Trommel und laden ihre Volksgenossen zum Egerer Parteitag ein, der gestern begann. Auch wir waren neugierig, wollten uns diesen Parteitag in der Nähe ansehen. Die sonst so kecken Hakenkreuzler scheuen aber das Licht und ziehen unseren Berichterstatter nicht zu. So wird sich der großartige Parteitag hinter verschlossenen Türen abspielen und die Öffentlichkeit, die gerne das „Anwachsen“ der nationalsozialistischen Partei, die begeisterte Stimmung der Delegierten, die fröhe Kampfeszuversicht und wie die sonstige Phrasologie laute, beobachtet hätte, wird aus den schönstirrierten Berichten des Duxer „Tag“ entnehmen müssen, was alles in Eger zusammengeredet wurde. Dabei wird man freilich auf die Wahrheit verzichten müssen. Es dürfte nicht weit her sein mit den Gelben, wenn sie sich nicht in die Öffentlichkeit wagen und ihre Parteitage hinter verschlossenen Türen abhalten müssen.

Die slowakische Volkspartei fordert vom Bundesrat nationale Autonomie. Vor einigen Tagen erteilte die Regierung einen Zolbbefehl gegen den slowakischen Auslandsagitator Professor Tula wegen seiner angeblich staatsfeindlichen Tätigkeiten. Der Klub der Abgeordneten und Senatoren der slowakischen Volkspartei erläßt nun eine Erklärung, in der er sich mit der Aktion Tulas, der bekanntlich dem

Botshasterrat und dem Völkerverbund ein Memorandum überreichte, in dem er die slowakische Autonomie fordert und im Zusammenhang damit die Tschechen heftig anweist, identifiziert. In der Erklärung des Klubs heißt es: „Für Tula übernehmen alle Klubmitglieder die volle Verantwortung vor Gott, der Nation und der heutigen Staatsmacht. Die unmöglich gemachte Vorkriegszeit zuhause ist der Grund zu diesem außerordentlichen Schritte, vor dem zuständigen Forum die Rechte der Unterdrückten zu betonen. Wenn diese Tat irgend jemand als strafwürdig erachtet, dann wird der Klub solidarisch und gerne jede Strafe für diese Tat annehmen. Professor Tula hat sich auf seiner Rückreise auf ärztliches Anraten in Oesterreich aufgehalten, er wird aber zurückkehren und sich durch Drehungen von der Arbeit nicht abschrecken lassen, er läßt sich aber für das Recht der slowakischen Nation auch in den Kerker werfen.“

Wie mit Hilfe der Bodenreform tschechisiert wird. Am Großgrundbesitz Czernin-Kneuhaus in Böhmen wird die Bodenreform auf recht neue Art durchgeführt. Bei der endgültigen Aufteilung der Grundstücke wurden nämlich alle deutschen Bewerber abgewiesen und der Boden an tschechische Bewerber zugeteilt. Ja, es wurde sogar einem deutschen Bäcker, der bereits sechzehn Ar in Pacht hatte, auch dieses kleine Ausmaß weggenommen. Dafür erhielten zwei Tschechen, die bereits einen Eigenbesitz von vier und zehn Hektar aufweisen, neuerlich Boden zugewiesen. Die Zuweisung geschieht also, was wir schon wiederholt betont haben — nicht nach Maßgabe des Bodenbedarfes, sondern nach Maßgabe der Ausbreitung des „staatsverfehlenden“ Volkes.

Sie wissen sich keinen Rat. Die „Mor. flöz. Denik“ schreibt, mehrere sich in der letzten Zeit bei den Staatsanwaltschaften die Anzeigen wegen Aufreizung zum Haß gegen die katholische Kirche. Alle diese Anzeigen stützen sich auf den § 14 des Gesetzes zum Schutze der Republik und die Staatsanwälte wissen sich keinen Rat, was sie mit diesen Anzeigenanfängen sollen. Bringen sie die Klage ein, so haben sie den Sturmhauf aller antiliberalen Parteien zu gewärtigen. Legen sie sie zurück, so müssen sie befürchten, von den Merkmalen bei dem der Volkspartei angehörigen Justizminister denunziert zu werden.

Musland.

Die rheinischen Sonderbündler.

Aus dem Ruhrgebiet veröffentlicht die deutschen Parteiführer folgenden Bericht über eine Versammlung der Sonderbündler, der einen guten Ueberblick über die geistige Verfassung dieser „Retter der rheinischen Bevölkerung“ gibt: Am Dienstag, den 7. August 1923, fand im Lokal Fleisch in Mülheim-Ruhr eine engere Zusammenkunft von Anhängern der Rheinischen Republik statt. Anwesend waren etwa 35 Personen, die zum Teil seit Jahren im Vordergrunde der politischen und gewerkschaftlichen Bewegung stehen. Als Referent war der bekannte Vertraute Diez aus Düsseldorf erschienen, der seit Jahren in der syndikalistischen Bewegung an führender Stelle steht. In kurzen Worten führte Diez aus, daß die rheinische republikanische Volkspartei, deren Vorsitzender Josef Smeets sei, nicht auf festem Boden stünde. Smeets sei ein Renommiert, der gern von sich reden möchte. Seine Behauptungen, daß er in Paris gewesen sei und dort eine Besprechung mit dem französischen Oberkommissar Tirard gehabt habe, seien direkt unwahr. Smeets habe sich vielmehr in der Eifel, wo er die meisten Anhänger habe, bei Bekannten aufgehalten. Aus diesem Grunde seien viele Mitglieder aus der rheinischen republikanischen Volkspartei ausgetreten und hätten sich der neugegründeten rheinischen Unabhängigkeitspartei angeschlossen. Die drei Gruppen gingen zwar getrennte Wege, würden aber vereint schlagen. Die Ausrufung der Rheinischen Republik würde möglich bald erfolgen, und zwar ohne vorherige Abstimmung. Außer Rheinland und Westfalen werde ein Teil von Elsaß-Lothringen, Baden und Hessen-Nassau dem neu zu bildenden Staate einverleibt. Ueber die baldige Ausrufung der Republik Rheinland könne kein Zweifel mehr bestehen. Alle Welt sei dafür, um endgültig einen Wall zwischen Paris und Berlin zu schaffen, was den Frieden für Europa bedeuten würde. Das jetzige Deutschland sei nur von den Raubrittern zusammengehalten worden. Nachdem die Mülheimer Ortsgruppe der Sonderbündler ihren Austritt aus der R. R. B. und Uebertritt zur Rheinischen Unabhängigkeitspartei erklärt hatte, gab Diez bekannt, daß kein Mitglied mit seiner Bestimmung zurückhalten brauche. Auf dem hiesigen Sekretariat könne ruhig die neue Klage geführt werden, da jeder Nutzen von den Franzosen geahndet würde. Kein Mitglied brauche sich zu fürchten. Wenn auch zu befürchten stünde, daß Sowjetrußland Deutschland zu Hilfe kommen würde, so sei doch auch zu bedenken, daß die richtige Kultur nur aus dem Westen komme.

Die Franzosen rauben 26 Milliarden.

Düsseldorf, 17. August. (Sabas.) Die Franzosen haben in der Reichsanklagesache in Essen 14 Milliarden Mark beschlagnahmt.

Düsseldorf, 18. August. (Sabas.) Die Franzosen haben in Speyer 12 Milliarden Mark beschlagnahmt, die von vier Deutschen in einer Barke transportiert wurden. Die vier Deutschen wurden verhaftet.

Der Niedergang der deutschen Wirtschaft.

Die Teuerung wächst ins Ungemessene.

Berlin, 18. August. (Eigenbericht.) Mit großer Schnelligkeit setzt sich in der deutschen Wirtschaft die Anpassung sämtlicher Preise an die Goldrechnung durch; es gibt kaum noch ein Gebiet, auf dem ein Unterschied zwischen Inlands- und Auslandspreisen zu spüren ist. In zahlreichen Fällen sind die Weltmarktpreise sogar schon überschritten, so daß manche auf den Export angewiesenen Industrien vor der Gefahr schwerer Wirtschaftskrisen stehen. Aber auch in den vornehmlich auf den Inlandsmarkt angewiesenen Betrieben mehrten sich die teifen Erscheinungen. Ein typisches Beispiel für den Niedergang der deutschen Wirtschaft bildet der Zustand der öffentlichen Unternehmungen; besonders die Straßenbahnen haben unter den augenblicklichen Zuständen außerordentlich zu leiden. Nachdem schon in Hamburg eine Straßenbahnfahrt mit 100.000 Mark bezahlt werden mußten, wird ab Montag auch in Berlin die einzelne Fahrt mit 100.000 Mark bezahlt werden müssen. Die Berliner Verkehrsdeputation hat heute sogar beschlossen, die Stilllegung aller Straßenbahnen und die Kündigung des gesamten Personals zu empfehlen, was sich hoffentlich noch verhindern lassen wird. Auch die Privatindustrie sieht der künftigen Entwicklung mit schweren Sorgen entgegen; vielfach sind schon Massenentlassungen angekündigt worden. Man muß damit rechnen, daß die Arbeitslosigkeit sich stark vermehren wird.

* * *

Die kommunistische Hecke.

Berlin, 18. August. (Eigenbericht.) Haben die Kommunisten schon während ihrer Aktion in der vorigen Woche den Umfang ihres Generalstreikes dadurch zu steigern versucht, daß sie mit ihren Hundertschaften gewaltsam in die Betriebe eindringen und die Belegschaften unter Drohungen zur Arbeitseinstellung zwingen, so versuchen sie sich jetzt für ihre Niederlage dadurch zu rächen, daß sie selbst dort, wo sie in der Minderheit sind, die sozialdemokratischen Arbeitskollegen aufs schamloseste drangsalieren. Unbeschreibliche Zustände herrschen jetzt auch in den Gewerkschaftsversammlungen; die bewährten Funktionäre, die oft viele Jahrzehnte lang in der Arbeiterbewegung stehen und für die Sache des Proletariats die härtesten Opfer gebracht haben, werden von den kommunistischen Führern nicht nur in roher Weise beschimpft, sondern in zahllosen Fällen tätlich angegriffen und sogar schwer verletzt. Diese Zustände werden sich unsere Parteigenossen nicht länger mehr gefallen lassen; haben sie bisher den offenen Bruderkampf in den Betrieben und Versammlungen vermieden, um nicht dem Unternehmertum den widerlichen Anblick der Selbstzerfleischung der Arbeiterschaft zu gewähren, so werden sie von jetzt ab sich aktiv zur Wehr setzen,

wenn es von den kommunistischen Kadaverheben, die zunächst noch vor nicht so langer Zeit den Selben angehörten, herausgefordert werden. Diese Notwehr sind sie sich selbst und der Erhaltung der Arbeiterbewegung schuldig. Ueber die zu ergreifenden Maßnahmen wird voraussichtlich in aller Kürze das Notwendige beschlossen werden.

Die Kommunisten heken — die Polizei „muh“ schießen.

Ergebnis: 3 Tote, 8 Verletzte.

Datteln, 18. August. Der Kommunistenführer Wengert hat heute vormittags auf dem Weidenpark-Platz eine Versammlung der Arbeiter einberufen. Nach einem, von ihm vorgelegten Schriftstück sollte die Zusammenkunft von der französischen Besatzungsbehörde in Hörde genehmigt worden sein. In Wirklichkeit bestand ein Versammlungsverbot. Die blaue Polizei, die den Auftrag hatte, jede Ansammlung zu verhindern, wurde von der zahlreichen Menge mit Steinen beworfen und beschossen. Die Polizei mußte von ihrer Waffe Gebrauch machen. Auf Seite der Angreifer gab es drei Tote und 8 Verletzte.

Kabitale Maßnahmen der sozialistischen Regierungen.

Dresden, 18. August. Die sächsische Regierung erließ eine Erklärung, in der sie erklärt, daß sie zusammen mit den Regierungen von Thüringen und Braunschweig beim Reichsernährungsminister folgende Maßnahmen beantragt habe: 1. Die Wiedereinführung der Getreideumlage; 2. die Festsetzung einer Kartoffelumlage; 3. die Sicherstellung der Säuglings- und Krankenmilch sowie die Festsetzung von Höchstpreisen für Milch und Butter; 4. die Beibehaltung der öffentlichen Bewirtschaftung des Junders; 5. weitere Devisenbereitstellung zur Fettversorgung. Ferner heißt es in der Erklärung, daß in Sachsen ein eigener Teuerungsindez aufgestellt werden wird, der als Richtlinie für die Lohnfestsetzungen dienen soll.

Uebereinkunft zwischen Stresemann und Zeigner.

Berlin, 17. August. (Wolff.) Der Reichskanzler hatte heute in Gegenwart des Ministers des Innern eine ausführliche Aussprache mit dem sächsischen Ministerpräsidenten über die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in Sachsen. Der sächsische Ministerpräsident wies im Hinblick auf die Notlage Sachsens auf die Notwendigkeit vorbeugender Maßnahmen wirtschaftlicher und finanzpolitischer Art hin und betonte den festen Willen der sächsischen Regierung, Ruhe und Ordnung im Lande aufrechtzuerhalten. Uebereinkunft ergab sich darüber, daß vermieden werden müßte, die bisherigen bedauerlichen Vorgänge zu politischen Zwecken auszunutzen, wie dies teilweise in der Presse (meist, ausschließlich in der bürgerlichen Presse) und Kapitalistenpresse. Die (Red.) geschehen ist. Im ganzen stellte der Reichskanzler die volle Zustimmung des sächsischen Ministerpräsidenten dazu fest, im Zusammenwirken mit der Reichsregierung die Grundlage der heutigen Staatsordnung mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu schützen.

46 Billionen Mark täglich!

Banknotenausgabe ab nächster Woche.

Berlin, 18. August. (Eigenbericht.) Der Reichsbankpräsident hat auf die Ankündigung, daß die sozialdemokratische Partei eine Änderung des Reichsbankgesetzes verlangen werde, wenn das Präsidium nicht binnen drei Tagen zurückträte, bisher nicht reagiert. Es scheint also, als ob der Reichsbankpräsident nur der gesetzlichen Gewalt weichen wolle. Wohin die Politik der Reichsbank geführt hat, das geht übrigens aus einer Mitteilung hervor, die Herr Habenstein in der gestrigen Sitzung des Reichstages gemacht hat. Daran trägt der Gesamtnotenumlauf bisher 67 Billionen; jetzt werden täglich 20 Billionen neues Geld ausgegeben und in der nächsten Woche soll die tägliche Notenausgabe auf 46 Billionen, also auf zwei Drittel des bisherigen Gesamtnotenumlaufes, gesteigert werden.

1 Dollar = 45 Millionen Mark.

Berlin, 18. August. (Eigenbericht.) Am Devisenmarkt fand heute keine offizielle Notierung statt, dagegen stiegen die Kurse im freien Verkehr wieder beträchtlich, so der Dollar von 3,7 auf 4,5 Millionen. An den dem Einfluß der Reichsbank entzogenen Börsen im Rheinland und in Danzig werden neuerdings große Markbestände zum Kauf angeboten, was als ein Beweis dafür anzusehen ist, daß das deutsche Kapital noch immer den billigen Reichsbankkredit zu Spekulationen auf Kosten der deutschen Staatswirtschaft benötigt.

Die „Erneuerer“ Deutschlands.

Berlin, 18. August. (Eigenbericht.) Der Geschäftsführer des im Münchener Fuchspragel schwer blöggestellten Blätterbundes Meyer-Schleiffen ist wegen großer Unterschlagungen von Verbandsgeldern verhaftet worden. General Escher, der militärische Leiter des Bundes, hat im Zusammenhang damit sein Amt niedergelegt; ebenso wurde der Gruppenführer Kühl erschossen aufgefunden.

Zusammentunft Baldwin-Poincaré.

Paris, 18. August. (Sabas.) Die französische Antwort auf die letzte Note der britischen Regierung wird zweifellos Montag morgens nach London abgeandt und wahrscheinlich noch am gleichen Tage abends veröffentlicht werden.

Nach einer Meldung der „Globe Belge“ wird die belgische Antwort an die englische Regierung Montag oder Dienstag nach Paris abgeandt und vor der Abreise des Premierministers Baldwin nach Aix-les-Bains überreicht werden.

Man betrachtet es als möglich, daß der englische Premierminister Baldwin gelegentlich seiner Reise nach Aix-les-Bains mit dem französischen Ministerpräsidenten Poincaré zusammentrifft, obwohl bisher in dieser Beziehung noch keine Entscheidung getroffen wurde. Man ist der Ansicht, daß eine Zusammentunft die Rückkehr Baldwins nach London beschleunigen würde.

Der Rückgang des Franfs.

Paris, 18. August. (Sabas.) Finanzminister L. Pasteur erklärte einem Mitarbeiter der „Globe“, daß die gegenwärtige Entwertung des Franf keineswegs durch die wirtschaftliche Lage des Landes herbeigeführt wurde, da im Vergleich mit dem Jahre 1922 die Steuereinnahmen und die Einnahmen aus dem Betriebe der Eisenbahnen sowie die Einfuhr und Ausfuhr höhere Ziffern aufwiesen. Der Rückgang des Franf wurde einzig und allein durch spekulative Manöver herbeigeführt, um einen allgemeinen Druck auf die französische Politik auszuüben. Dieser Druck wurde auf den französischen Franf geradezu wie auf den belgischen ausgeübt. Es besteht kein Zweifel darüber, daß es den nachhaltigen Bestrebungen Frankreichs gelingen wird, über diese Manöver die Oberhand zu gewinnen.

Für die Revision des Versailler Vertrages.

London, 17. August. Der Arbeiterführer C. H. Jones erklärte in einer Rede auf der Jahreskonferenz des nationalen Verbandes der Allgemeinen Arbeiterunion in Cambridge, der Angelpunkt des internationalen Problems sei, Deutschland nochmals in Kontakt mit dem übrigen Europa zu bringen und zwischen Deutschland und Frankreich solche Beziehungen herzustellen, die der Welt gestatten, in Frieden zu leben. Der Weltfrieden hängt vom Einvernehmen zwischen Deutschland und Frankreich ab. Das Parlamentsmitglied Mac Jones brachte eine Entschließung ein, in der die Abänderung des Versailler Vertrages gefordert wird. Die Entschließung wurde angenommen.

Hungererregung Ungarns gegen Oesterreich.

Wien, 18. August. Wie die „Arbeiter-Zeitung“ meldet, steht die ungarische Regierung im Begriffe, einige Maßregeln zu ergreifen, die die Lebensmittelversorgung Wiens und der österreichischen Industriegebiete sehr ungünstig zu beeinflussen geeignet sind. Um die Teuerung zu bekämpfen, will die ungarische Regierung ein Ausfuhrverbot auf Gemüse, Obst, Eier und Lebensvieh erlassen.

Die Vertrauensmännerwahlen der österreichischen Wehrmacht.

Die erste Niederlage der Christlichsozialen.

Wien, 18. August. (Eigenbericht.) Die Wahlen der Vertrauensmänner der Soldaten haben heute in Oesterreich ihren Anfang genommen. Als erste kam die Kaserne auf der Landstraße zur Wahl, von der sich die Christlichsozialen einen großen Sieg versprochen hatten. Der Kommandant der Kaserne und einige Offiziere hatten eine riesige Agitation für den christlichsozialen Wehrbund veranstaltet. Tatsächlich nahmen auch von den 780 wahlberechtigten Wehrmännern 750 an der Wahl teil; von diesen haben aber nur 27 für den Wehrbund gestimmt, die übrigen 723 für die sozialdemokratische Militärgewerkschaft.

Gegen die Monarchistenheke in Wien.

Wien, 18. August. (Eigenbericht.) Die Monarchisten hatten für morgen eine große Kaiserfeier im Prater angekündigt. Da unter solchen Umständen eine Gegendemonstration der Arbeiter selbstverständlich gewesen wäre, hat die Polizei die Feier, die mit einem Umzug verbunden werden sollte, verboten. Um aber dieser monarchistischen Provokation gegenüber die wahre Meinung der Bevölkerung der Leopoldstadt kund zu tun, hat der republikanische Schutzbund heute abends eine Versammlung im zweiten Kaffeehaus im Prater abgehalten, an der nicht nur die Arbeiter der Leopoldstadt, sondern auch die Besucher des Praters in großen Massen teilnahmen. Nachdem Nationalrat Dr. Deutsch eine Rede gehalten hatte, formierten sich die Massen und veranstalteten einen Umzug durch den Prater.

Mussolini gegen die „November-Falschen.“

Mailand, 17. August. Der Deputierte Farinacci, welcher mit der Säuberung der faschistischen Organisation in Rom und der Provinz betraut wurde, hat aus der Partei an 40.000 Faschisten ausgeschlossen, welche derselben erst nach dem Siege der Partei beigetreten waren und sich als ihrer unwürdig erwiesen haben. Mussolini sandte an Farinacci ein Dankschreiben, in welchem er eine derartige Säuberung auch in den anderen Provinzen für notwendig erklärt. Der Faschismus müsse sich der 100.000 bis 200.000 Mitglieder entledigen, welche nicht auf der Höhe der Situation stehen und die Regierungsarbeit komplizieren. Bekanntlich verbannt Mussolini seinen „Zieg“ seinen auf der Höhe jeder Situation stehenden Mord- und Brandorganisationen. Man kann sich einen Begriff machen, welches ursprüngliche Gesindel nach dem so großzügig durchgeführten Reinemachen noch in der Partei verbleiben wird.

Die Reaktion in Bulgarien.

Sofia, 18. August. (W.N.) Der Gerichtshof I. Instanz in Plewna hat den Prozeß gegen 85 Personen, die beschuldigt sind, nach dem Stürze Stamboliski gegen die rechtmäßige Regierung einen Aufbruch angezettelt zu haben, abgeschlossen. Vier Angeklagte wurden zum Tode, zwei zu lebenslänglichem Zuchthaus, 70 Gefängnisstrafen zwischen zwei und zwölf Jahren, verurteilt, neun wurden freigesprochen. Das Urteil ist nicht endgültig; die Berufungen können innerhalb zwei Wochen Berufung einlegen.

Der französisch-tschechoslowakisch-Handelsvertrag unterzeichnet.

Paris, 18. August. (Sabas.) Gestern wurde im Außenministerium der Handelsvertrag zwischen der Tschechoslowakei und Frankreich unterzeichnet. Der Handelsvertrag tritt mit 1. September in Kraft. Bei der Ausarbeitung des Handelsvertrages wurden die neuen Bedingungen für den gegenseitigen Warenaustausch berücksichtigt und für die Beachtung der Interessen der nationalen Produktion der beiden Staaten gesorgt. Der Handelsvertrag enthält auch gegenseitige Konzessionen und wertvolle Garantien.

Tages-Neuigkeiten.

Das Elend des Proletariats.

Jahrelang haben Krieg und Nachkriegszeit unheilbare Wunden in den Volkstörper geschlagen. Die Massen des Proletariats, die sich im Kriege nicht satt essen konnten, haben, als endlich der „Friede“ geschlossen wurde, keine menschenwürdigen Daseinsbedingungen erkämpfen können, da die Wirtschaftsnote der Nachkriegszeit noch schwerere Folgen mit sich brachte als der Krieg selbst. Am schwersten natürlich haben unter dem Trunde dieser Verhältnisse die Kinder des Proletariats leiden müssen. Gerade in den Jahren, die für die Entwicklung des Kindes am wichtigsten sind, mußten sie mit Ernährungsmitteln vorlieb nehmen und die Folge davon ist, daß heute ein ungeheurer Prozentsatz der Proletariatskinder unterernährt ist. Dieser Tatsache wird in der Tschechoslowakei viel zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Besonders jetzt, wo eine noch nie dagewesene Arbeitslosigkeit die Existenz vieler Proletariatsfamilien bedroht, müßte es die Pflicht aller Behörden sein, die maßgebenden Stellen auf die Notlage und die körperliche Zurückgebliebenheit der Proletariatskinder aufmerksam zu machen, damit in dieser Hinsicht Vorseorge getroffen werden kann.

Eine würdige Ausnahme bei der Not- und Hilfslosigkeit der meisten Gemeinden der Tschechoslowakei inbezug auf die Kinderfürsorge bildet die von Genossen G o t h geleitete Stadtverwaltung von W a r u d o r f. Diese Gemeinde hat nämlich im letzten Schuljahre sämtliche W a r u d o r f e r Schulkinder ärztlich untersuchen lassen, damit der Gesundheitszustand einwandfrei festgestellt werde. Die Untersuchungen der Schulärzte sind in den letzten Tagen beendet worden und haben eine niederdrückende Tatsache zutage gefördert:

Von 1969 Schülern sind 783 als unterernährt befunden worden.

Wierum Prozent der W a r u d o r f e r Schulkinder sind demnach im Wachstum zurückgeblieben und fühlen die Geißel des Krieges, der Nachkriegszeit und der heutigen Arbeitslosigkeit an ihrem eigenen Körper.

Die von der Stadtgemeinde mit der Untersuchung der Schulkinder betrauten Ärzte haben „Mitteilungen an die Eltern“ ergehen lassen, in welchen diese auf den Gesundheitszustand ihrer Kinder aufmerksam gemacht werden. Eine Besserung der Gesundheitsverhältnisse der Schulkinder ist natürlich heute sehr schwierig geworden, da die ungeheure Arbeitslosigkeit die beiden W a r u d o r f e r Klassen noch weiter verelendet und vielen Eltern nicht die Möglichkeit gibt, ihren Kindern jene Behandlung angedeihen zu lassen, wie sie nach dem ärztlichen Befunde notwendig wäre. In jenen Fällen, wo der Familienernährer Beschäftigung hat, und daher auch krankenversichert ist, kann natürlich eine gewisse Hilfe geschaffen werden, da seit der obligatorischen Einführung der Familienversicherung durch die Krankenkasse auch die Kinder vom Krankenarzte behandelt werden müssen.

Das Vorbild der Stadtverwaltung von W a r u d o r f müßte bei allen Gemeinden der Tschechoslowakei Nachahmung finden. Denn nur dadurch, daß man das Uebel angeht, können Wege der Besserung gefunden werden. Eine schwere Verantwortung trifft aber jedenfalls die Regierung, die bisher nichts unternahm, um der Not des Proletariatskinderes abzuhelfen, die vielmehr dadurch, daß sie der Arbeitslosigkeit unlädiig zuseht, die Voraussetzungen schafft für die weitere Verelendung der Massen.

Gräßlicher Unfall einer jungen Arbeiterin.

Standaröse Antreibermanieren. — Die Schwerverletzte wird auf einen Kohlenwagen geladen.

In Merkersgrün in Westböhmen hat sich am Mittwoch nach sechs Uhr früh in der Pappfabrik Ernst R a u d o r f f ein Unfall ereignet, bei dem die 22jährige Fabrikarbeiterin F a n n y H ü t t e r so schwere Verletzungen erlitt, daß sie im Laufe des Mittwochs starb. Die Umstände, die zu dem so folgenschweren Unfall führten, werfen ein grelles Licht auf die Verhältnisse in der genannten Pappfabrik, in der gewissenlose Antreiber als Aufsicht über die Arbeiter gesetzt werden. Ein typischer Vertreter dieser Leute ist nach der Aussage „Internationaler“ der Werksführer August B e r t a l, der auch indirekt die Schuld an dem Unfälle trägt. Um sechs Uhr früh sollte nämlich ein Rollwagen mit nasser Pappe, der ungefähr tausend Kilogramm schwer war, zum Trodenraum gefahren werden. F a n n y H ü t t e r, die eine schwächliche Arbeiterin war, frag den Werksführer B e r t a l, was sie tun solle. Als ihr B e r t a l zur Antwort gab: „Spazieren gehen!“, begann sie — ängstlich gemacht — den Rollwagen zum Trodenraum zu schieben. Neben dem Geleise, das zum Trodenraum führt, ist ein offener Graben und die Grabenwand ist auch stellenweise schief.

Als nun der besagte Rollwagen an einer dieser schiefen Stellen zu entgleisen drohte, versuchte die schwache Arbeiterin, den Wagen auf die entgegengesetzte Seite zu steuern. Selbstverständlich gelang ihr dies nicht und sie wurde unter dem umstürzenden Rollwagen begraben. Die Unglückliche erlitt vier s c h w e r e R i p p e n b r ü c h e und einen schweren Herz- und Lungenbrand.

Ein Arzt veranlaßte die sofortige Ueberführung der Schwerverletzten ins Krankenhaus. Der Transport der tödlich Verunglückten erfolgte — obwohl die Firma ein Auto und andere Fahrgelagen besitzt, — auf einem Kohlen-

wagen, der gerade auf dem Merkersgrüner Bahnhof Kohlen holte. — Dieser unerhörte Vorfall beweist neuerdings, daß in vielen Betrieben schwächliche Frauen und Mädchen zu Arbeiten verwendet werden, die nur von starken Arbeitern ausgeführt werden können. Dem Unternehmer ist natürlich nur daran zu tun, billige Arbeitskräfte zu verwenden und er nimmt daher nicht Rücksicht darauf, ob die Arbeiterin physisch imstande ist, die Arbeit, die ihr aufgetragen wird, auch auszuführen.

Ein junges Proletariatsmädchen mußte auf so gräßliche Weise zugrunde gehen. Und als ihr zerquetschter Körper blutend dalag, lud man ihn auf einen Kohlenwagen. Dann wundert ihr euch noch, Bourgeois, daß euch die Arbeiter hassen?

Studenten in Not.

Die nachstehende Schilderung der Not des heutigen Studententums Deutschlands und Berlins, die, wenn auch mit einigen Abweichungen, gerade so gut für die Verhältnisse des Prager Studententums geschrieben sein könnte, entnehmen wir dem Berliner „Vorwärts“:

Ist es nicht eigentlich schon eine alte Angelegenheit: Studenten in Not. Das wissen wir ja. Es ist ein Zeichen der Zeit. Es geht dem Mittelstand ja auch bitter schlecht, und den Studenten, Donnerwetter, damit haben wir uns ja schon abgefunden. Wirklich, haben sie sich damit abgefunden? Wissen wir, wie diese jungen Männer leben? Ihre Not kann man nicht schauen. Sie tragen ihre Not nicht offen zur Schau, weil sie sich schämen, über die Kulturlosigkeit unserer Zeit.

Die Couleurebrüder.

Doch wenn man von der Not der Studenten spricht, dann meint man ja gar nicht die Studenten, denen es wirklich schlecht geht, sondern sieht nur die sogenannten bösslichen, „satisfaktionsfähigen“ Studenten mit ihren bunten Mützen und bunten Bändern, die sie stolz wie Pfingstrosen tragen. Das sind nicht die notleidenden Studenten. Doch gerade diese Verbindungsstudenten werden oft als die „arme leidende Jugend“ angesprochen. Diese Studenten sind reaktionär, weil sie fast ohne Ausnahme Mitglieder nationaler Vereinigungen sind, die sich wieder zugehörig fühlen der Organisation K o h l b a c h und ihren Nachschüssen. Das macht uns diese Burschen nicht sympathisch, und lernt man zudem noch etwas von ihrer Lebensweise kennen, so muß man zu dem Resultat kommen: bei ihnen ist nicht die Not. Sie erhalten auch heute noch von reichen Vätern große Monatswechsel. Arbeit doch allein als eine halbe Million Mark monatlich. Was aber in diesen Verbindungen getrieben wird, war dem Kulturmenschen der ganzen Welt schon immer ein Grauel. Die Mensur, eine Sitte, die die vorangegangene Epoche schon längst hätte verschluckt haben müssen, wird bei ihnen als „körperliche Mühnheit“, über geistige Regsamkeit gestellt. Alles in ihren Verbindungen geht nach militärischen Geleisen: sogar das „Saufen“. Doch sie merken nicht die Blödsinnigkeit dieses Lebens, haben sie es doch für die spätere Karriere und für ihren Stammtisch als Nimbus nötig. Aber gerade diese Burschen machen von dem Mitleid, das den armen Studenten zuteil wird, Gebrauch. Münzen dieses Mitleids um, damit sie getrost über die schreckliche Zeit der Nachrevolution schimpfen können.

Die Darbenden.

Wo aber ist die wirkliche Not der Studenten? Studenten mit ausgehungerten Gesichtern trifft man überall, nur weiß man nicht, daß es Studenten sind, „bermilt“ Couleureband und Mütze und die mit Schmissen zerfetzte „Bijage“. Doch diese Studenten mit ihrem vorzeitigem gealtertem Gang, mit Kleidern aus den Jahren 1917/18, mit abgemagerten Wangen sind die wirklich regam Arbeitenden und Darbenden. Mehr als 90 Prozent von ihnen arbeiten tagsüber in Banken oder in kaufmännischen Betrieben, um nachts noch ihrem Studium nachgehen zu können. Aber wer achtet dieser Jugend? Ihr Wille, zu arbeiten, ist ungeheuer, doch die finanziellen Mittel dazu fehlen ihnen gänzlich. Der Werkstudent, 1922 noch eine Seltenheit, ist 1923 eine allbekannte Erscheinung. Nicht nur in Fabriken und Bergwerken arbeiten sie, um in den Ferien für die nächsten Semester ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Nein — sie nehmen Stellen an, die ihnen zwar wackelnd, kümmerlich, später einmal nützlich können, sie aber jetzt in ihrem Studium ungeheuer hemmen. Nicht weniger als 230 Studenten haben in Berlin allein den Kellnerberuf ergriffen. Unzählige machen in Kinos und Cafés Musik. Wieder andere sind in Veranugungsstätten als Portiers oder Blasenweiser angestellt. Noch andere aber bewachen nachts Häuser oder Laubkolonien. Tausende aber mühen sich noch um eine Stellung, die ihnen nur einen ganz kleinen Aufschub gewährt. So ist ihre Not bis aufs Äußerste gesteigert. Hunger und kein Geld ist ihre tägliche Plage. Essen ist ihnen Seltenheit.

Das ist die Not der heranwachsenden Männer Deutschlands. Ihnen zu helfen, ist Pflicht. Sie leben einsam, ohne die Mittel zu besitzen, in einer Stadt wie Berlin Kunst genießen zu können.

Bücher sind ihnen schon lange Dinge, die man in Schaufenstern ansieht, die man aber nicht besitzen kann. So leben nun diese jungen Leute, früh hineingezerrt in den bittersten Existenzkampf.

Glockenweihe unter dem Protektorat von Marx und Lenin. Dieser Tage hat — wie wir dem „Beeer“ entnehmen — in Z l i n a in der Slowakei eine feierliche Glockenweihe stattgefunden, an der sich außer den ungarischen Christlichsozialen und den slowakischen Aserikalen angeblich auch die Kommunisten beteiligten. Man konnte die Büste der heiligen Jungfrau Maria und die Büsten von Marx und Lenin einträchtig nebeneinander stehen sehen und zwischen ihnen brannten Kerzen, standen Heiligenbilder, lagen Rosenkränze usw. Der Festredner forderte das Volk auf, bis die neuen Glocken ertönen, für die Befreiung der Slowakei zu beten und es sendete auch die Kommunisten ihr Gebet zum Himmel — Wenn die Quelle, der diese Nachricht entstammt, auch uns nicht verlässlich erscheint, so ist doch diese neueste „Einheitsfront“ immerhin denkbar. Die Kommunisten können doch alles. Deute Arm in Arm mit den deutschen Hakenkreuzlern, morgen in den Waffen in einer Reihe. Radel kann auch eventuell einen solchen „neuesten Kurs“ spitzfindig-talmudistisch begründen.

Höher gehts nimmer. Ein Leser schreibt uns: In Ihrem Blatte habe ich schon wiederholt Notizen gefunden, die die bürgerliche Pressekorruption auch auf dem Gebiete der Liebe an den Pranger stellen. Beim Zerschneiden von Makulaturpapier kam mir zufällig der Anzeigenteil des „Prager Tagblatt“ vom 12. Juli in die Hand und es fiel mir nun ein Inserat auf, das den Gipfelpunkt alles dessen darzustellen scheint, was man sonst schlechterdings als sogenannte „bürgerliche Moral“ zu bezeichnen pflegt. Diese bürgerliche Moral, die sich nach außen hin streng an die gesellschaftliche Einrichtung der Ehe hält, weil es in ihr eine gute Stütze des Privateigentums besteht, hat bekanntlich einen doppelten Boden, der so weit reicht, daß sogar folgendes schamlose Inserat in einem bürgerlichen Blatte Aufnahme finden konnte:

Junger Strohwitwer.

Arzt, sucht Bekanntschaft schöner, lustiger Strohwitwe zu gemeinsamen Trost. Diskretion verbürgt. Chiffre „Auto“ an Magistrala, Bobitkova 41.

So zu lesen in Nr. 160, vom 12. Juli d. J. im „Prager Tagblatt“. Inzwischen wird wohl der famose Strohwitwer den gesuchten Trost schon gefunden haben, notabene, wo er ein Auto besitzt, mittels welchem er bequem und rasch mit der Geliebten die Grenzen Prags verlassen und nicht so leicht von Bekannten gesehen werden kann. Außerdem hat dieser Ehrenmann seiner Dame Diskretion verbürgt, was wohl auch von Seite des „Prager Tagblatt“ geschehen ist, durch welches solche Liebesabenteuer vermittelt werden. Jedemfalls dürften Strohwitwer und Strohwitwe schon auf ihre Rechnung gekommen und beide indessen wieder reumütig in die Bahnen ihrer rechtsgültigen Ehe zurückgekehrt sein, in welcher Position sie gewohnt sind, über Menschen vernünftig die Nase zu rümpfen, die, wenn auch in wilder oder freier Ehe, doch die Monogamie und dann erst die reine Liebesbeziehung überhaupt pflegen.

Neue Nordwerkzeuge. Die „Journal“ meldet, haben eben in Frankreich Versuche mit einem neuen Bombenflugzeug stattgefunden, welches einen Motor von 500 Pferdekraften besitzt und einen Torpedo von 70 Kilogr. Gewicht abwerfen kann. Der Apparat, der 3360 Kilogr. wiegt, hat eine Geschwindigkeit von 169.50 Kilometer erreicht.

Wie ein Pfarrer für die Seele sorgt. Die Bäuerin Marie St ä d t n e r in Kettiasbrunn bei Mistelbach, die vor Jahren eine schöne Villa und eine ansehnliche Bauernwirtschaft besaß, ist heute, wie der „Volksbote“ berichtet, eine Bettlerin. Sie schenkte nämlich ihr ganzes Hab und Gut dem Pfarrer A l t e n m ä l l e r in Wilfersdorf. Wie diese „Schenkung“ zustande kam, ist nicht genau bekannt. Angeblich soll er ihr versprochen haben, sie komme gleich von Kettiasbrunn weg schmerzlos in den Himmel, ohne erst die Qualen des Fegefeuers mitmachen zu müssen. Weiter sagte ihr der Pfarrer zu, er werde sie lebenslanglich erhalten, ohne daß sie arbeiten müsse. Als nun der Vertrag, durch den sich Frau St ä d t n e r mit Leib und Seele dem Pfarrer veräußerte, abgeschlossen war, bewog er sie, zu ihm in den Pfarrhof zu ziehen. Das tat er nicht deshalb, um die alte Frau bei sich zu haben, sondern — um die Villa freizubekommen, die er auch sofort um den denkbar höchsten Mietzins vermietetel Frau St ä d t n e r aber bewohnt im Pfarrhof eine unfreundliche kalte Kammer und muß arbeiten wie eine Dienstmagd. Auch mit der Verpflegung schaut es oft sehr traurig aus. Da die Unglückliche, die nun ihre Leichtgläubigkeit so bitter büßen muß, unzufrieden ist und den Pfarrer an seine Versprechen erinnert, machte er ihr den Vorschlag, sie möge ins — Mistelbacher Armenhaus überfiedeln! Dadurch würde er auch noch die Kost für sie ersparen! Von der reichen Villenbesitzerin zur Armenhauslerin — das ist der „Lohn“ für die Schenkung! Um das Bild des edlen Mannes im Priesterkleid zu vervollständigen, sei noch erwähnt, daß Pfarrer A l t e n m ä l l e r bei Fleischlieferungen an gemeinnützige Anstalten wegen Preistreiberei gerichtlich bestraft wurde und daß er von seinen Grundpächtern die halbe Ernte als Pachtzins verlangte. Einige dieser Pachtverträge wurden, weil ungesetlich hoch, vom Gericht wieder aufgehoben. Und der Mann maßt sich an, „Stellvertreter Gottes“ zu sein.

Ein englisches Unterseeboot gesunken. Spanns meldet aus Hongkong: Infolge eines furchtbaren

Sturms ist das englische Unterseeboot „L. 9“ gesunken. Auch mehrere Dampfer wurden vernichtet. Der Schaden ist bedeutend.

Ein bestialischer Mordmord. In Temeswar wurde die Witwe des Kaufmannes Wiener bei hellstem Tage in ihrer Wohnung überfallen, wobei ihr die Täter durch Hackenhebe den Schädel zertrümmerten. Die Wohnung der Witwe wurde ausgeplündert.

Internationaler Kongreß der Mittelschullehrer. Vom Reichsverband deutscher Mittelschullehrer erhalten wird folgende Zuschrift über das geradezu empörende Verhalten der tschechischen Mittelschullehrerschaft: „Vom 27.—30. August 1923 findet in Prag ein internationaler Mittelschullehrerkongreß statt. Er wird vom Verbande der tschechischen Professoren und dem Sekretariate des „internationalen“ Mittelschullehrerverbandes veranstaltet. Diesem Verbande gehören die Vereinigungen der deutschen Professoren Osterreichs, Oesterreichs und der Tschechoslowakei, die zusammen 35.000 Mitglieder zählen, nicht an. Sie wurden niemals zum Anschlusse an die „internationale“ Organisation aufgefordert, auch zur Teilnahme an dem jetzt tagenden Kongresse wurden sie nicht eingeladen. Der internationale Kongreß findet somit unter Ausschluß der Deutschen statt. Der Reichsverband deutscher Mittelschullehrer“ in der Tschechoslowakei stellt daher fest, daß der Verband der tschechischen Professoren auf dem Kongresse weder im Namen der gesonten Professoren der Republik sprechen, noch die Gesamtheit der Professorenschaft vertreten kann. Anlässlich des Kongresses wird eine Ausstellung des Mittelschulwesens in der Tschechoslowakei veranstaltet, die am 25. August eröffnet wird. Der Reichsverband deutscher Mittelschullehrer wurde eingeladen, sich an dieser Ausstellung zu beteiligen. Er wollte die sich bietende Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne der breitesten Öffentlichkeit den Zustand des deutschen Mittelschulwesens aufzuzeigen. Er hat daher diese Einladung angenommen und veranstaltet, angesichts seiner Nichtbeteiligung am „internationalen“ Kongresse vollkommen selbständig und unabhängig von der Ausstellung des tschechischen Verbandes, eine eigene Ausstellung des deutschen Mittelschulwesens.“

Ein wertvoller Fund in St. Wölten. Bei Erdaushubungen für einen Neubau in St. Wölten in Nieder-Osterreich wurde dieser Tage eine äußerst wertvolle Goldlette gefunden, die vermutlich aus dem neunzehnten Jahrhundert stammt. Der Fund wurde erst bekannt, als die Kette in St. Wölten bereits zum Verlaufe angeboten wurde. Die daraufhin eingekerkerten Erhebungen haben ergeben, daß bei den Erdaushubungen auch ein Topf alter silberner Münzen in sechs- und achteckiger Form gefunden wurde. Diese Münzen, die zum Teil auch bereits schon verkauft waren, tragen das Passaure Schwappen und besitzen einen großen historischen Wert.

Wetterübersicht vom 18. August. Freitag blieb die Temperatur in ihren Höchstwerten gegen den Sonntag unerschüttert, die Minima waren indessen heute Samstag erheblich, in der Slowakei bis zu 10 Grad Celsius, höher als gestern. Die Temperatur hält sich jedoch im ganzen unter dem Normalwert. Unbedeutende Niederschläge fielen Freitag an einzelnen Stellen Böhmens, leichter Regen in der Slowakei (ein bis drei Millimeter). Ähnlich wie Mittwoch hat sich Freitag und heute die nordwestliche Depression bei ihrem Eindringen in das Binnenland erheblich vertieft. Bis auf einen Ausläufer des Agorenhochdruckes über Südwesteuropa liegt über dem ganzen Kontinent niedriger Druck. Tiefdruckkerne lagen heute über Finnland und Dänemark. Ein kühler Luftstrom überweht bereits die ganze Nordhälfte des Erdteils. Mit dem östlichen Fortschreiten leidet Tiefdruckzentra wird sich die Abkühlung auch nach Mitteleuropa ausbreiten. Die Wetterlage ist ungünstig. — Wahrscheinliches Wetter am 19. August: Andauer unbedingten, kühleren Wetters, lokale Schauer, stark windig.

Prager Chronik.

Unglaubliche Vorkrisen der Prager Feuerwehr.

Die Prager Blätter beschäftigen sich mit einer Angelegenheit, in deren Mittelpunkt die Prager Feuerwehr steht, der zum Vorwurfe gemacht wird, daß sie dieser Tage zu einem Brande in der zu Groß-Prag gehörenden Gemeinde P r a e v i e l zu spät ausgerückt sei. Die Prager Feuerwehr hat nun eine Erklärung veröffentlicht, in der sie darauf hinweist, daß der den Dienst habende Feuerwehrkommandant vollständig nach den Vorschriften gehandelt hat. In den Vorschriften für den Bezirksgeschäft der Feuerwehr von Groß-Prag findet sich nämlich folgender sonderlicher und vorhinweislich anmutender Passus: „Außerhalb des Bezirkes von Groß-Prag rückt die Zentralfirewehr nur auf ausdrückliches Ansuchen oder auf Befehl des Vorstandes der Abteilung 16, des Bauamtes aus, wenn vorher ein Ersuchen der Ausgaben gewährleistet wird.“ In diesem Falle muß davon das Präsidium des Stadtrates, eventuell der Bürgermeister verständigt werden.“ In den Vorschriften, die höchst schweudrig verfaßt sind, war nun die Gemeinde P r a e v i e l jenen Gemeinden, die zu Groß-Prag gehören, nicht angeführt. Der Feuerwehrkommandant, der damals in der Nacht Dienst hatte, wußte daher nicht, daß P r a e v i e l zu Groß-Prag gehört und verlangte daher nach der Vorschrift zuerst die Sicherstellung, wer die Ausgaben für die Ausfahrt bezahle. Das Feuer brach in der Nacht aus, das Präsidium oder der Bürgermeister von Groß-Prag waren telephonisch nicht zu erreichen. Die Feuerwehr konnte also nicht sofort fahren, da sie sich genau an die Vorschriften hielt. — Ein Kommentar zu diesen sonderbaren Zuständen ist wohl überflüssig. Interessant wäre es nur, zu erfahren, von wem die Vorschriften verfaßt sind. Bei diesem Menschen hat es sicherlich nie gebrannt.

Unglaubliche Mikrowirtschaft in der Bezirkskrankenkasse in Neustadt a. L.

Baron Klinger als Vorhutgeber der Kommunisten! — Die lauten Ausreden der Kommunisten öffnen der Arbeiterschaft die Augen.

Neustadt a. L., 18. August. Vor kurzem ging durch die Presse die Nachricht, daß der Bürgermeister in Neustadt und gleichzeitig Kassier der dortigen Bezirkskrankenkasse, der Kommunist Tschiedel, wegen Unterschlagungen verhaftet worden ist. Wir sind heute in der Lage, über die geradezu ungläubliche Mikrowirtschaft bei der genannten Kasse einige interessante Details anzuführen.

Unter der Leitung des kommunistischen Direktors Heintzschel und des Kassiers Tschiedel war es einige Jahre hindurch nicht möglich, einen Rechnungsabluß zu machen und der Behörde zu übermitteln. Die politische Bezirksverwaltung hat schon vor Jahresfrist aus diesem Grunde eine Verwaltungskommission eingesetzt und der Verband der Krankenkassen ordnete eine Kontrolle an, welche durch einen Fachmann aus Bilin durchgeführt wurde. Seinerzeit, unter der Kasseeleitung dieser beiden Kommunisten, bestand schon ein

Fehlbetrag von über K 60.000,

welcher jedoch aus irgend welchen anderen Geldern während der jeweiligen Kassafestsetzung hinzugelegt wurde. Nach solchen Kontrollen ist der Fehlbetrag wieder weggenommen worden, so daß sich eigentlich schon jahrelang die Defizitwirtschaft weiter schleppete. Herr Tschiedel hat, wohl im Einverständnis mit Herrn Direktor Heintzschel, den Fehlbetrag immer momentan dazugelegt, jedoch denselben nach der Verbandskontrolle wieder hinweggenommen. Wahrscheinlich wurden diese Gelder irgendwo beim Arbeiterheim oder bei Organisationen ausgeliehen. Darüber wird schließlich die Gerichtsverhandlung noch Klarheit schaffen. Bezeichnend ist, daß nicht nur in der Kasse selbst eine ungeheure Unordnung bestand, sondern daß auch den Unternehmern gegenüber keine Ordnung gehalten wurde.

Es war Sitte, daß fast allwöchentlich durch den Kassier Tschiedel zur Auszahlung des Krankengeldes von dem Baron Klinger Vorkauf geholt wurde, ohne daß die Firma laufende Abrechnungen erhalten hätte. Der kommunistische „Vorkauf“ hat den Baron Klinger immer beschimpft und trotzdem hat die Firma Klinger dem Kommunisten Tschiedel unbewußt seine Unterschlagungen decken helfen.

Nach längerem Drängen — als bereits die Verwaltungskommission in Tätigkeit war — war es immer noch nicht möglich, eine Rechnungslegung zu verlangen, so daß der Krankenkassenverband bei einer oberflächlichen Revision feststellen konnte, daß manches nicht in Ordnung war. Der Vertreter des Krankenkassenverbandes hat nachher in einer Verwaltungskommissionssitzung das Ultimatum gestellt, daß entweder die Bezirkskrankenkasse in Neustadt mit der Bezirkskrankenkasse in Friedland verschmolzen werden muß, oder daß ein sachkundiger, tüchtiger Beamter angestellt werden müsse. Es wurde nachher durch die Verwaltungskommission der jetzige Direktor Fräs eingesetzt, durch welchen eigentlich die ganzen Unterschlagungen ans Licht kamen. Obgleich der Direktor wußte, daß kein Bargeld in der Kasse vorhanden ist, mußte er die Wahrnehmung machen, daß das Krankengeld ausbezahlt wurde.

Als man Tschiedel zur Rede stellte, erklärte er, daß er sich bei der Firma Klinger Vorkauf genommen habe.

Die Firma Klinger wurde verständigt, an Tschiedel seine weiteren Vorkäufe mehr zu leisten. Nun wurde erst die Firma Klinger aufmerksamer und es wurde über ihr dringendes Begehren eine Abrechnung zwischen der Krankenkasse und der Firma vorgenommen. Dabei stellte sich jedoch heraus, daß die Eintragungen in die Bücher mit den Bestätigungen, welche die Firma im Besitze hatte, nicht übereinstimmen und dadurch wurde erst dann der Fehlbetrag von 117.000 K festgestellt. Im übrigen sollen auch eine ganze Anzahl Originalbelege nicht vorhanden sein, sondern es existieren Duplikate dieser Originalbelege. Nachdem nun Herr Tschiedel das Verhängnis kommen sah und ein neuer Beamter angestellt werden sollte, unternahm er den Selbstmordversuch. Seine Selbstmordabsicht wurde jedoch zunichte, da er sich nicht so schwer verletzte; seine ersten Worte sollen gewesen sein: „So war es nicht gemeint.“ Er wollte damit sagen, daß er nicht mehr leben wollte. Als dann die ganze Geschichte aufgedeckt wurde, soll Herr Tschiedel erklärt haben, daß er jetzt froh sei, daß der Selbstmordversuch nicht gelungen ist und daß hier noch andere in Mitleidenschaft kommen werden.

Die Kommunisten haben dann in einer öffentlichen Versammlung in Neustadt versucht, durch eine lange Rederei und den Hinweis darauf, daß auch Unterschlagungen bei den anderen Parteien vorkommen, die ihnen äußerlich unliebbare Affäre für ihr Parteiansehen möglichst ungefährlich zu machen und sie gaben sich die redlichste Mühe, die Anwesenden davon zu überzeugen, daß die Kommunisten besser seien, als die anderen und daß sie ihren Mitgliedern über solche Fälle in der Partei immer berichten.

Daß dem nicht so ist, beweist das eine, daß schon der Herr Bürgermeister Tschiedel vor diesen Monaten den Fehlbetrag von K 60.000 hatte und daß dieser Fehlbetrag versucht wurde.

Die Kommunisten gehen nun dann in die Öffentlichkeit, wenn es sich nicht mehr anders machen läßt und stellen die Sache dann so dar, als ob sie die reinsten Unschuldengel wären.

Es ist ganz außer Zweifel, daß die kommunistische Parteileitung schon lange vor der Verhaftung von den Unterschlagungen und Fehlbeträgen Kenntnis hatte. Die kommunistischen Obermänner hätten schon vor zwei Jahren Ordnung in die Bezirkskrankenkasse in Neustadt bringen müssen. Sie hätten seinerzeit schon darauf drängen müssen, daß ein Rechnungsabluß vorgelegt wird. Jetzt, wo die Sache zum Himmel stinkt und Tschiedel eine noch größere Gefährdung des kommunistischen Parteiansehens wäre als reden, stellt sich die Gesellschaft so, als ob nur sie immer ihren Anhängern über alles, was sich in ihren Reihen ereignet, berichten würde. Dieser Fall in der Krankenkasse in Neustadt ist so ungeheuerlich, daß vielleicht gar nicht alles an den Tag kommen wird, wenn nicht etwa die Gerichtsverhandlung schließlich das ganze belastende Material zutage fördern kann. Daß mit Krankengeldern eine derartige Wirtschaft getrieben werden konnte, wie in diesem Falle, ist

derart skandalös, daß hierüber kein gebührend kennzeichnendes Wort gefunden werden kann. Darüber hat auch Herr Kreuz in seinem einseitig-halbseitigen Referat die Versammelten nicht hinwegzubringen vermocht, weil ja doch jeder ehrliche Arbeiter sich sein Urteil dahin bildet, daß in der kommunistischen Partei — trotz des großen Maulwurfsbentums — eben keine Ordnung herrscht. Auch in Neustadt fängt es langsam an zu dümmern. Die Arbeiterschaft, die sich seinerzeit von den Schreibern verleiten ließ, zur kommunistischen Partei überzutreten, fängt an zu erkennen, daß ihre Interessen bedeutend besser in der sozialdemokratischen Partei und in den alten Gewerkschaften vertreten waren.

Im Neustädter Gebiet geht gegenwärtig ein ungeheurer Abbröckelungsprozeß vor sich. Die kommunistischen Organisationen gehen merklich zurück, es bestehen heute sogar Betriebe, wo sie fast gar keine Mitglieder haben. Die warnenden Worte der altbewährten Vertrauensleute waren nicht imstande, die Arbeiterschaft von dem Schritt zur kommunistischen Partei und Gewerkschaft abzuhalten; erst die Tassachen und die Verhältnisse öffnen den Verführten langsam darüber die Augen, welcher Führung sie sich anvertraut haben. Marktschreierische Phrasen verdecken erfahrungsgemäß immer einen recht faulen Schwundel und einen ungeunden Kern.

Kleine Chronik.

Drei Mann in der Grube verschüttet. Aus Neustadt wird vom 17. August gemeldet: Heute ging auf der Heinhgrube eine Strecke zu Bruch, wobei drei Mann verschüttet wurden.

Ein nordamerikanisches Alon. Als die Weißen nach Amerika kamen, war die nördliche Hälfte ausschließlich von Jägervölkern bewohnt. Größere Staatenbildungen mit städtischer Kultur hatte man nur weiter südwärts, in Mexiko, Mittelamerika, Peru. Es mehren sich aber die Anzeichen, daß in früheren Jahrhunderten auch der Norden zeitweilig von höher kultivierten Völkern bewohnt gewesen ist. Man findet Ruinen von ziemlich großen Ansiedlungen, von Städten, die mehrere Tausende von Bewohnern gezählt haben müssen. Im Auftrage des Smithsonian-Instituts, der großen amerikanischen Akademie, hat kürzlich W. E. Meyer in den Schichten des Harpeth River bei Kingston Springs in Tennessee die Trümmer einer solchen alten Stadt untersucht. Die Stadt war offenbar unter Benutzung eines natürlichen Hügel angelegt worden, den man aber durch menschliche Nachhilfe in eine regelmäßige Terrassenform gebracht hat. Drei Terrassen lassen sich unterscheiden, die mit Schanzen aus Lehmziegel umgeben waren. Auf diesen Schanzen haben hölzerne Türme gestanden, aber diese sind vom Feuer zerstört. Man findet nur noch verkohlte Reste, auch von Geweben. Alles ist sehr alt, nichts aus der Zeit nach dem Eindringen der Europäer. Die Indianer von Tennessee kannten die Ruinen, wußten aber weiter nichts davon zu berichten, als daß ihre Vorfahren das schon alles so vorgefunden hätten, als sie in das Land einwanderten. Es hat sich auch seither kein Mensch mehr um die Ruinen gekümmert, nur in einem alten Buche fand Meyer eine Mitteilung über die verlassene, stille Stätte. Der Ort wurde nun von einem Lustschiff aus photographisch aufgenommen, und an mehreren geeigneten Stellen sonden Ausgrabungen statt. Wie der Ort und die Station hieß, und welche Tragödie zu der Zerstörung der vielleicht nicht unbedeutenden Kultur geführt hat, darüber hat man nicht die geringste Kunde.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Faschistischer Terror gegen die deutschen Gewerkschaften Südtirols.

Die faschistischen „Gewerkschaften“ haben die deutsche Arbeiterkammer in Vogen besetzt und die deutschen Gewerkschaften vor die Wahl gestellt, sich entweder der Faschistenbewegung anzuschließen oder auf den Bestand der Kammer zu verzichten.

Sollen Hausgehilfen bei der Krankenkasse angemeldet werden? Zu dem unter diesem Titel veröffentlichten Aufsatz schreibt ein Journalist folgendes: Das Oberste Verwaltungsgericht hat in dem Erkenntnis vom 2. Juli 1923 die Bestimmung des § 1 des Krankenversicherungsgesetzes in der Fassung des Gesetzes vom 15. Mai 1919, Zlg. Nr. 268, aus dem § 4 einschränkend ausgelegt, indem es aussprach, daß die Dienstboten in einem Haushalte nicht krankensicherungsspflichtig sind, da der Haushalt nicht als Betrieb eines Unternehmens oder einer Wirtschaft angesehen werden könne. Der Sozialversicherungsgesetzentwurf (Druck Nr. 4186, Abgeordnete Haus) bestimmt umgekehrt den Begriff des Arbeitgebers im § 8 aus den §§ 2, 3 und 4, die den Kreis der versicherungspflichtigen oder versicherungsberechtigten Personen umschreiben. § 8 des Entwurfes lautet: „Arbeitgeber im Sinne dieses Gesetzes ist jene Person, auf deren Rechnung die in den §§ 2 und 4 angeführten Betätigungen betrieben werden.“ Wenn also der Sozialversicherungsgesetzentwurf Gesetz wird, so werden die Dienstboten in Haushalte krankensicherungsspflichtig sein, da nach § 2 des Gesetzes derjenige versicherungspflichtig und nach dem Gesetze versichert ist, welcher in der tschechoslowakischen Republik oder auf einem der tschechoslowakische Flagge tragenden Fahrzeuge Arbeiten oder Dienste auf Grund eines vereinbarten Arbeits-, Dienst- oder Lehrverhältnisses leistet und dieselben nicht als Nebenbeschäftigung oder gelegentlich verrichtet.

Bereinigung der Angestelltenorganisationen im Deutschen Gewerkschaftsbund. Die Besprechung des vom Justizministerium als Referententwurf hinausgegebenen Gesetzesentwurfes über die Angestellten in höheren Privaddiensten bildete die Tagesordnung der am Donnerstag, den 16. d. M. stattgefundenen Sitzung der Vereinigung der Angestelltenorganisationen. Die Beratungen waren sehr ausführlich, da der Entwurf gegenüber dem bestehenden Zustande wesentliche Veränderungen enthielt. So sei nur auf die ungenügende Bestimmung über den Begriff „Angestellter“ und auch darauf verwiesen, daß die Möglichkeit, Gruppen von Angestellten außerhalb des Gesetzes zu stellen, gesetzlich festgelegt werden soll. Das ist eine besondere Neuheit in einem sozialpolitischen Gesetze. Bisher war es üblich, festzustellen, daß der Wirkungsbereich eines Gesetzes erweitert werden kann. Einvernehmlich wurden von allen Vertretern der Verbände die Abänderungsvorschläge, die sich auf die schon früher gestellten Forderungen der Vereinigung der Angestelltenorganisationen stützen, aufgegeben. Das Sekretariat wurde beauftragt, das Gutachten zum Referententwurf des Justizministeriums auszuarbeiten und weiterzuleiten.

Ein weißer Haub. Der Verband der Brauindustriellen im Reichsberger Handelskammerbezirk hielt anlässlich der Reichsberger Messe am 15. August in der Reichsberger Handels- und Gewerkskammer eine Verbandsversammlung ab.

(Nachdruck verboten.)

Die Glücksbude.

Erzählung von Ernst Brezang.

Frau Trude sah noch immer wartend auf der Trittleiter des Wagens. Die Nacht war wunderbar lau und still. Der Wald lag wie im Traum. Ein leises Rauschen zuweilen, wenn ein matter Windhauch in den Kronen spielte. Der traumhafte Zwitschern eines Vogels. Sonst tiefster Friede.

Ein heller, klingender Schlag. Die Wanduhr im Wagen. Sie schlug halb elf.

Frau Trude wartete.

Ein lautes, schluchzendes Weinen, das wie von Angst gejagt näherkam, sie blinzelte auf.

„Jeremi!“ Es war mehr ein Aufschrei als ein Ruf.

„Mutter! Mutter!“ Er sank leuchtend, weinend zu ihren Füßen ins Gras; sein Kopf suchte ihren Schoß.

Sie umklammerte ihn mit beiden Armen, bereit, das Schlammis zu hören.

In einleuchtenden Worten, in abgerissenen Sätzen berichtete er.

Sie antwortete nicht. Aber Jeremi fühlte, wie warme Tropfen auf sein Haar fielen; wie ihre Arme, ihr Leib bebten.

„Und an allem bin ich schuld!“ schluchzte er.

Sie streichelte ihm Kopf und Wangen und küßte ihn. Sie kämpfte mit aller Macht gegen den Schreden, der sie überfallen und fassungslos gemacht, gegen die Angst, die jeden klaren Gedanken erstickt hatte.

„Jeremi, mein Junge, du bleibst für eine Weile allein hier. Ich gehe ins Dorf. . . Nein. Wir müssen hineinfahren. Vielleicht. . . vielleicht brauchen wir den Wagen dort unten.“

„Wir kommen nicht lebendig heraus, Mutter. Hättest du das gesehen! Wie die Wilden sind sie. Die zerschlagen den Wagen und uns.“

„So höre. Ich laufe voraus. Du fährst langsam hinter mir her. Ungefähr bis zur Hälfte des Weges. Dort wartest du.“

„Ja.“ Frau Trude zögerte und überlegte von neuem.

Ein seltsames Geklapper wurde hörbar und kam näher. Sie sahen im Sternlicht die unendliche Silhouette eines Reiters, der auf einem schweren Ackerpferde die Dorfstraße heraufsprengte und in schwerfälligem Galopp die Chaussee landeinwärts hinunterstürzte. Man hörte das Klatschen einer Peitsche, die wieder und wieder die nasse Haut des Pferdes traf. Unter den Hufen spritzten die Funken hervor.

Frau Trude atmete schwer. „Ja. Es muß böse dort unten zugehen. Das ist einer, der Hilfe holt.“

Sie warf ein Tuch um und eilte in der Richtung des Dorfes davon.

Sie kam nicht weit. Ein Keuchen und das Geräusch laufender Füße auf dem Pflaster hielt sie auf. Sie sah eine lange Gestalt, die ein Bündel im Arm trug. Sie hörte eine Stimme, die zu dem Bündel zu sprechen schien. „Halten Sie sich tapfer, Tattenbach! Wir sind gleich da!“

„Jeremias!“ Trude schrie.

„Trude!“ Sehr leise kam es aus den Armen Friedrichs.

„Wo ist der Wagen?“ Friedrich fragte leuchtend. „Schnell, ein Bett bereit.“

Frau Trude eilte zurück.

Jeremi lenkte eben den Wagen auf die Chaussee. „Hierher, Jeremi!“

„Bist du da, Mutter?“

„Ja. Halt! Bände die Wagenlaternen an!“

Sie sprang in das Innere und machte Licht, rief das Deckbett vom Sofa und legte noch ein Unterbett darauf. „Hier herein, Friedrich.“ Die Trittleiter fiel.

Er legte Jeremias sanft auf das Bett, hielt

aber eine Hand fest auf seine Brust gepreßt. „Wasser und Wein, Frau Trude! Kriegen Sie keinen Schreck. Es ist ein bißchen Blut da.“

Sie entkleideten den Verwundeten und stellten einen festen Verband her.

„Ein Stich in die Brust?“ Sie sagte es leise.

„Ja. Die Bände griff gleich zum Messer. Wir haben uns mit den Fäusten beholfen. Sehr tief kann der Stich nicht sein. Er ist nämlich erst durch meinen Arm gegangen. So. Jetzt wollen wir Ihren Mann schlafen lassen. Wenn Sie noch einen festen Leinwand übrig haben, Frau Trude. . .“ Er entblöhte den rechten Unterarm. „Erklären Sie nicht. Es ist nur das dicke Fleisch. Glaube ich wenigstens, sonst hätte ich den armen Tattenbach wohl kaum tragen können. Ah, das tut gut. . .“ Er unterbrach sich und lautete: „Hören Sie mal! Das ist doch Geläut?“

Frau Trude öffnete die Wagenkür. „Sie läuten Sturm in Grevesberg.“

Wieder eintretend sagte sie: „Vorhin galoppierte ein Reiter vorbei.“

„Donnerwetter!“ Der lange Friedrich war mit einem Schreck draußen. „Und wir stehen da, als ob wir hier zu Nacht bleiben wollten. Vorwärts, kleines Bißel! Laß den Schimmel laufen.“

Er schlang sich auf den Sattel, wo Jeremi wie in Schreden erstarrt sitzen geblieben war, ergriff die Zügel und gab dem Pferd einen leichten Schlag mit der Peitsche.

„Ist Vater tot, Onkel Friedrich?“

„Nein. . . er lebt und wird bald wieder ganz gesund sein. Hoffe ich.“

„Haben Sie viele toteschlagen?“

„Ich?“ Friedrich lachte ärgerlich. „Du scheinst 'ne hübsche Meinung von mir zu haben. Ich wollte alles im Guten regeln. Aber der Kerl gab ja den Schlüssel nicht heraus. Und als dein Vater dazukam, war's ganz Effig. Wenn er hübsch mit dir gegangen wäre, war's nur halb so schlimm.“

„Und wenn ich den Apfel nicht hätte nehmen wollen, so wäre gar nichts geschehen.“

„Wohl möglich. An deinen Apfel werden die Grevesberger noch lange denken. . . Wir auch.“

Frau Trude klopfte aus Heiter: „Fahren Sie doch nicht so schnell, Friedrich. Die Erschütterungen. . .“

Der Schimmel fiel in seinen gemächlichen Gang.

Wenige Minuten später klopfte es wieder: „Halten Sie an.“ Frau Trude kam nach vorn und stieg dort auf. „Er schläft fest. Ich muß ein wenig frische Luft haben. Ich kann ihn ja auch durch das offene Fenster sehen. . .“ Friedrich, Friedrich, was haben Sie angerichtet!“

„Ich?“ Er lachte wieder ärgerlich. „Na ja. Warum auch nicht?“ Und noch einer kleinen Pause in zornigem Trotz: „Wenn ich an die Beschimpfungen denke, die Ihnen zuteil geworden sind, Frau Trude, dann tut's mir leid, daß ich denen da unten nicht ihre weichen, warmen Nestler in Brand gesteckt habe!“

„Herr Friedrich!“ Sie legte ihre Hand auf seinen Arm.

Er judte zusammen. „Ja, da ist die Wunde. . . Uebrigens, Frau Trude: Sie werden immer höflich, wenn Sie böse sind.“

„Ja. Böse bin ich, wenn ich so lästerlich, so unvernünftig reden höre.“

„Ach! Sie gehören ja auch zur „Dampfbogenschiff!“ Wie wir alle! Haben nicht Haus, nicht Hof, nicht Fuhr.“

„Ich habe meine. . . Glücksbude, ja, trotz alledem. Und die weichen, warmen Nestler? Darauf pfeif ich, Herr Friedrich.“

„Ich eigentlich auch. Es ist ja böse, so an der Kette zu liegen.“ Und wieder klang es tropig: „Die Leute brauchen Sie aber nicht zu beschimpfen. Sie sind mehr wert, als. . .“

(Fortsetzung folgt.)

In der der Generalsekretär der Arbeitgeberhauptstelle Reichberg, Dr. Fernegg, einen Vortrag über die Erfahrungen im Tarifvertragswesen hielt. Nach der "Reichenberger Zeitung" besprach er unter anderem:

die Entstehung und die Entwicklung des Tarifvertragswesens in der Tschechoslowakei und betonte, daß die Erfahrung den Wert der Tarifverträge sehr. Wenn auch in der Industrie da und dort noch Gegner des Tarifvertrages zu finden sind, so kann doch festgestellt werden, daß der Vertrag in der Hauptsache das Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter günstig beeinflusst hat. Der Vortragende würde es daher für unrichtig halten, wenn die gegenwärtige Wirtschaftslage seitens einzelner Unternehmergruppen dazu anregt würde, die Arbeitsverträge gewaltsam zu zerlegen.

Offenbar wird Herr Dr. Fernegg nicht nur in der Zeit der Wirtschaftskrise so sprechen, da die Arbeiterschaft zu Konzessionen in den Tarifverträgen gezwungen ist, sondern auch in der Zeit einer guten Konjunktur, da die Arbeiter sich wieder alles holen werden, worauf sie gegenwärtig unter dem Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse verzichten müssen.

Zur Lage der einheimischen Eisen- und Maschinenindustrie wird gemeldet, daß die Lage der kleinen Eisenwerke im allgemeinen unerfreulich ist. Unter anderem haben im Juli die Werke der Firma Schwarz u. Bed in Büßen ihren Betrieb eingestellt. Die größeren Eisenwerke zögern, ihre Erzeugung wegen der unsicheren Entwicklung der Absatzverhältnisse zu vergrößern, obwohl ihre derzeitige Lage günstig ist. So haben beispielsweise die Kladnoer Eisenwerke ihre Leistungsfähigkeit noch nicht voll ausnützen können. Die Maschinenfabriken zeigen im Vergleich zum Vorjahre einen erhöhten Bedarf, da ihnen private und staatliche Bestellungen zufließen. Von den einlaufenden größeren Aufträgen sind anzuführen die Bestellungen des Landesverteidigungsministeriums auf Gangs, Pontone usw. und des Arbeitsministeriums für das Elektrizitätswerk in Seestadt. Das Eisenbahnministerium hat ferner einige 100 Waggons und Schienenmaterial bestellt.

Lebenshaltungskosten in Deutschland und im Ausland. Die gewaltige Steigerung der Lebenshaltungskosten in der letzten Woche auf das 439,35fache des Vorkriegsstandes, die Verdreifachung der Lebenshaltungskosten innerhalb einer einzigen Woche, legt die Frage nahe, wie sich gleichzeitig im Ausland die Lebenshaltungskosten verhalten. Die letzten Zahlen darüber liegen für Juni vor. In Ländern mit hoher Wäluung, wie Großbritannien und der Schweiz, verzeichnet man in den letzten Monaten eine leichte Steigerung der Lebensmittelpreise. Großbritannien hatte im Juni das 1,69fache des Friedensstandes bei einer Steigerung des Lebensmittelpreises von dem 1,60- auf das 1,62fache. In der Schweiz hat sich die Lebenshaltung von dem 1,61fachen auf den 1,64fachen Vorkriegsstand gehoben. In Spanien sind die Lebensmittelpreise im Juni um etwas zurückgegangen, nämlich auf den 1,70fachen Vorkriegsstand gegen den 1,78fachen im Mai. Wesentlich stärker als in

Deutschland sind in der fraglichen Zeit die Lebenshaltungskosten in dem benachbarten Polen gestiegen, wo man im Juni den 12,779fachen Vorkriegsstand verzeichnete, während damals der deutsche Index noch das 7650fache Vorkriegspreisniveau anzeigte.

Die Teuerung in Polen. Die Statistische Kommission in Warschau hat in der ersten Hälfte des Monats August eine Steigerung der Teuerung in Polen um 32,25 Prozent konstatiert.

Aus der Internationale der Post-, Telegraphen- und Telephonarbeiter. Am 17. und 18. September tritt in Salzburg der Vollzugsausschuß der Internationale der Post-, Telegraphen- und Telephonarbeiter und Angestellten zusammen, die unter anderem die Vorbereitungen für den zweiten internationalen Kongreß treffen soll. Mit den skandinavischen Verbänden soll über den Anschluß an das Sekretariat verhandelt werden, falls sich das Sekretariat in brüchlicher Verbindung mit den Verbänden in Australien, Indien und den Vereinigten Staaten. Der russische Verband hat wiederholt um Aufnahme in die Internationale ersucht. Gleichfalls hat er angefragt, ob und unter welchen Bedingungen eine Einheitsfront der Verbände der P. T. T. gebildet werden könne. Hierzu bemerkt der Internationale Sekretär, daß die Frage als Ganzes fortlaufend den Vollzugsausschuß beschäftigt und daß dieser in seiner Sitzung in Salzburg zu den Schreibern der Russen Stellung nehmen wird. Der Bund der Post- und Telegraphenbeamten der freien Stadt Danzig mit 1400 Mitgliedern und der Dänische Telegraphenverein, Kopenhagen, mit 1450 Mitgliedern sind der Internationale neu beigetreten.

Eine großzügige Gewerkschaftsorganisation. Eine sehr geschäftstüchtige Gewerkschaft scheint der amerikanische Verband der Lokomotivführer "The Brotherhood of Locomotive Engineers" zu sein. Dieser Verband besitzt 5 Arbeiterbanken, davon 2 in Cleveland. Gleichfalls ist er im Besitz eines beträchtlichen Teiles der Anteile einer großen Handelsgesellschaft und bereitet die Gründung einer Handelsgesellschaft in New York vor. In Cleveland hat der Verband über 10 Millionen Dollars in Unternehmen investiert, und ferner ist er Besitzer einer Buchdruckerei, einer Versicherungsgesellschaft und mehrerer Kohlenbergwerke in Virginia und Kentucky.

Devilenturle.

Die tschechische Krone notiert in:

Table with exchange rates for Zurich, Berlin, and Wien.

Züricher Schlussturle am 18. August.

Table with gold and silver prices for various cities like Paris, London, Berlin, etc.

Der Film.

Die Sansjoui. Das indische Grabmal stellt einen Film dar, der auch den Zuschauer, der sich sonst nicht so leicht von der allgemeinen Kinoproduktion mitreißen läßt, ständig in engste Fühlung mit der Handlung zu zwingen weiß. Ohne einen deus ex machina, einen wunderwirkenden Faktor, der alle noch so kritischen Situationen kraft seiner übernatürlichen Gaben wieder einrenkt, geht es allerdings nicht ab; doch paßt auch diese Person, darstellerisch ausgezeichnet wiedergegeben, gut in das Gesamtbild, ohne, wie es bei ähnlichen Rollen nur zu leicht möglich ist, grotesk und lächerlich zu wirken. Die Handlung ist mit dem mystisch-indischen Milieu eigentlich nicht ungetrenntlich verbunden, denn daß ein betrogener Gatte nachher nur noch seiner Rache lebt, könnte schließlich auch hierzulande noch vorkommen; doch würde eine derartig unerbittliche Rache hier gar bald an einigen Strafgesetzbuchparagrafen scheitern, während ein unumschränkter indischer Fürst solche Kleinliche Rücksichten nicht zu nehmen braucht. Mia May in der weiblichen Hauptrolle nützt die Gelegenheit, ihre Stellung als erklärter Kinoliebling auf neue zu festigen, restlos aus; ebenso Erna Morena. Auch technisch steht der Film weit über dem Durchschnitt. — um —

Aus der Partei.

Deutsche sozialdemokratische Sozialorganisation in Preßburg. Die Sozialorganisation in Preßburg hielt Dienstag, den 14. August eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, in der nach den Berichten der Funktionäre und nach dem Erteilen des Absolutums die Neuwahlen vorgenommen wurden. Es wurden gewählt: Als Sozialvertrauensmann Heinrich Kalmár; Kassier: Ludw. Neß; Schriftführer: Leopold Ferstl; in den Sozialausschuß: Neve-

Wetterberichte

der Staatsanstalt für Meteorologie in Prag.

Table with weather reports for various cities including Prague, Brno, and others, including temperature and wind direction.

ris, Scholz, Rowarik, Reismüller, Spejzestý, Masgar, Fenner, Pleininger; Kontrolle: Patil, Schmiedt; Presse: Brody, Sobek; Bildungsausschuß: Rowarik, Scholz. — Außerdem wurde die aus sieben Mitgliedern bestehende Kontrolle eingeseht. Die Sozialorganisation wird ganz besonderes Gewicht auf die Propagandabewegung legen und es wurde beschlossen, schon in den nächsten Tagen mit einer intensiven Agitation einzusetzen. Zu diesem Zwecke wurde ein Agitationskomitee entsendet, an dessen Spitze Abworbener Paul Wittich gestellt wurde.

Jugendbewegung.

Bezirkskonferenz Teichan. Die am 16. August stattgefundene Sitzung der Bezirksvertretung beschloß für Sonntag, den 9. September 1923, Punkt halb 9 Uhr vormittags, in die Volkshalle nach Dobruška die diesjährige ordentliche Bezirks-Konferenz mit folgender Tagesordnung einzuberufen: Berichte, Arbeiterjugend und Gemeindegewahl, Unser Verbandstag, Wahl der Bezirksleitung und Freie Anträge.

Turnen und Sport.

Radweltmeisterschaften. In Zürich wurden die offiziellen Veranstaltungen von Radweltmeisterschaften Samstag durch den Kongreß der "Union Cycliste Internationale" eröffnet. Der Kongreß beschloß die endgültige Aufnahme Finnlands und der Türkei. Für die Weltmeisterschaften wurden Barretto (Italien), Freyer (Amerika) und Hoomburg (Holland) als Rennkommissäre und als Richter Lecomte (Frankreich) bestellt. Zur Festsetzung der Einnahmestruktur wählte der Kongreß eine aus Gubler (Schweiz), Percy Low (England) und Hoosel (Belgien) bestehende Kommission. Der Kongreß beschloß ferner die endgültige Schaffung eines Wanderpreises "Beutelaer". Die Mittel hierzu sollen durch freiwillige Zuwendungen der einzelnen Verbände beschafft werden. Der nächste Kongreß findet in Paris am 6. Februar 1924 statt.

Fußball. Heute findet in Wien das Städte-treffen Prag-Wien und in Berlin das Städtewettspiel Prag-Berlin statt.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Das Beste für Ihre Augen liefert Optiker Deutsch, Prag, Graben 25, Kl. Sazav. 1923

Herausgeber: Dr. Ludwig Czoch und Karl Gorman. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei in Prag. Verantwortlich: Dr. Emil Strauß. Für den Druck verantwortlich: C. Dolia.

Deutscher Theatergarten Täglich Militärkonzert Anfang 3 Uhr

Allbewährt ist Spaleks Czernosecker Weintrestern Essig er ist und bleibt der beste. Weinessigfabrik Quido Spalek Sohn, Leitmeritz. Modernst eingerichteter Gärungsbetrieb. 1857-1

1 9 2 3 Zweite Deutsche Land- und forstwirtschaftliche Wanderausstellung verbunden mit Gewerbe-Industrie- und Warenschau 25. August - 10. September

Damenbart u. sonstiger unerwünschter Haarwuchs im Gesicht od. am Körper kann einzig u. allein nur durch Anwendung der neuen Haarentferner "Gito" radikal für immer beseitigt werden. Einfache Selbstanwendung. Sofortiger Erfolg garantiert. Sonst Geld zurück. Preis 2 K. 6.-, 3 Flaschen 14. 178. Kemény, Kolice I., Voitsch 12/27, Slowakei.

Olmützer Käsel u. Stangenkäsel in bester Qualität und billig bei 1714 I. Olmützer Käselabrik, A. R. Krabě, Olmütz.

Verlangen Sie die führenden amerikanischen prima Schweine-Schmalzmarken und schönsten Speckschnitte „Apec“ und „Morrell“ 1801 Vertreter für die Tschechoslowakei: Robert Stránský, Prag II., Jungmannova 33. Drahtanschrift „Rostra“. Telefon 6487

Anglo-Elementar Versicherungs-Aktiengesellschaft in Wien. Direktion für die tschechoslowakische Republik empfiehlt sich zum Abschluss von Feuer-, Unfall-, Transport- u. Pferde- u. Vieh-Versicherungen zu kulantem Preisen. Volleingezahltes Aktienkapital 8 Millionen. Bargarantienmittel in der Republik 23 Millionen. 1047 Bureau REICHENBERG, Bahnhofstraße Nr. 19.

Piering-Seni u. Essig ist der beste! zu haben in allen Konsum-Verleinen

Billiger Befeststoff Doreaccio, Anmutige Geschickten. Bäcker, Wundbauern. Fräulein, Fräulein am Jacinto. Zierweib, Der Arbeiter. Toilet, Volksberäthungen Preis gebdn. je 3 Kronen. Bücherverzeichnis kostenlos. Buchhandlung Freibell Tepitz, Schönan, Theresienstraße 18.

Der lesende Arbeiter das ist der denkende und kämpfende Arbeiter! In der Not der Arbeitslosigkeit. Im Kampfe um bessere Arbeitsbedingungen. Im Kampfe um geistige Freiheit und Kultur ist der „Sozialdemokrat“ das Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik das einigende, geistige Band, welches das deutsche Proletariat im Angriff und Abwehr zusammenschweißt. Werdet Leser und werbet neue Leser des „Sozialdemokrat“

Abonnements-Bestellschein. Abonnire ab 192... 48 Kc - halbjährl. 96 Kc - ganzjährl. 192 Kc (nicht Zutreffender durchstreichen) den „Sozialdemokrat“ - Verwaltung Prag II., Lärtskova stn. 32 Vor- und Zuname: Beruf: Ort, Bezirk Strasse und Nr.

Warnung !! Verlangen Sie in Ihrem eigenen Interesse bei Ihrem Konsumverleinen od. beim Kaufmann ausschließlich nur den bestbewährt. Fliegenfänger KOH-I-NOOR Erste Prager Fliegenfänger-Fabrik Prag-Vrsovic Nr. 448-V. Tel. 7899.

KAUTSCHUKABSATZ UND KAUTSCHUKSOHLE